

Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv

(früher Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts)

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 30.— Mark

In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5. Fernsprecher: Hantsa 2447—51

Nr. 4

Hamburg, den 23. Januar 1920.

5. Jahrg.

Inhalt:

Weltmarktpreise und Indexlöhne.....	Seite 53	Weltwirtschaftliche Übersichten:	
Staat und Auslandseffekten in Deutschland (I).....	„ 55	Geld und Kapital	Seite 62
Länder-Berichte:		Schifffahrt und Schiffbau	„ 63
Deutsch-Österreich	„ 56	Rohstoffe und Warenmärkte	„ 64
Rußland.....	„ 58	Vermischtes	„ 67
Finnland.....	„ 60	Neneingänge	„ 67

Weltmarktpreise und Indexlöhne

Die Steigerung der Preise und Löhne, unter denen heute jeder deutsche Haushalt leidet, jedes deutsche Unternehmen zusammenzubrechen droht, wird vielfach noch als vorübergehende und rein deutsche Erscheinung aufgefaßt, während wir in Wirklichkeit noch lange nicht am Ende der Aufwärtsbewegung stehen und die Länder der Sieger an den gleichen Nöten leiden. Die Nachrichten der ersten Reisenden besagen z. B., daß in den italienischen Großstädten selbst der bei uns wenig veränderte Mietpreis sich gegenüber der Vorkriegszeit verfünffacht hat, und daß in den Vereinigten Staaten, dem vom Krieg selbst am wenigsten berührten Land, die Preise ganz allgemein auf das Zwei- und Dreifache gestiegen sind; ebenso in England, über dessen Preisbewegung wir durch die Indexzahlen des „Economist“ ständig unterrichtet werden: Überall wird sichtbar, daß nicht nur die Kaufkraft der Mark schwer gelitten hat, sondern daß ebenso die Kaufkraft der Lira und des Franken, auch die des Pfund Sterling und des Dollars ganz wesentlich verringert ist.

Wir haben in Deutschland keinen Anlaß, uns darüber zu freuen, ganz im Gegenteil: denn diese Feststellung bedeutet für uns, daß die Valuta, das Verhältnis der Mark zur ausländischen Währung, gar nicht die wirkliche Entwertung gegenüber der Vorkriegszeit angibt. Wenn wir heute etwa für 100 M zwölf Schweizer Franken erhalten, so bedeutet das gegenüber der Vorkriegszeit eine Verringerung der Kaufkraft nicht etwa nur auf den zehnten, sondern ungefähr auf den zwanzigsten bis dreißigsten Teil, da die Kaufkraft des Franken selbst inzwischen um das Zwei- oder Dreifache gesunken ist.

Nun lagen zwar bereits vor dem Kriege die Verhältnisse so, daß der Parität der Valuten durchaus nicht überall eine Parität der Kaufkraft entsprach, und es war eine im allgemeinen viel zu wenig beachtete Antinomie, daß beispielsweise die Valutaparität 1 \$ = ca. 4,25 M war, während die Kaufkraftparität ungefähr 1 \$ = 1 M betragen hat. Das war für die deutsche Wirtschaft gleichgültig, solange die Vereinigten Staaten selbst kapitalkräftig waren. Dagegen liegt darin heute, wo

die Vereinigten Staaten kapitalgesättigt oder sogar bereits übersättigt sind, für das amerikanische Kapital ein Anreiz und eine Prämie für Kapitalexport und Warenimport, die zusammen mit dem Mißverhältnis der Valuten die Gefahr eines deutschen Ausverkaufs in gefährliche Nähe rückt. Ein Beispiel, das uns vor einigen Wochen ein Amerikaner anführte, möge dies veranschaulichen: in Baden-Baden war eine große Villa mit großem Garten für 1 125 000 M verkäuflich; der Amerikaner bezifferte den damaligen Preis in der Währung seines Landes auf 30 000 \$ (heute wären es noch weniger) und stellte fest, daß zu diesem Preis heute in den Vereinigten Staaten kein Arbeiterhaus herzustellen oder zu kaufen sei. Die Folgerung liegt nahe: Wenn der Ausverkauf Deutschlands, der im letzten Jahr im Warengeschäft bereits groteske Formen angenommen hat, nicht so weit gehen soll, daß auch Rohstoffe, Häuser und Grundstücke in ausländische Hand geraten, so muß eine Anpassung der deutschen Preise an das Weltmarktsniveau stattfinden — und die Steigerung der Jahreswende darf nur einen kurzen Übergangszustand bezeichnen.

Es ist an gleicher Stelle vor einigen Wochen (vgl. „Wirtschaftsdienst“ Nr. 48 v. 28. 11. 19) darauf hingewiesen worden, daß der Weg, die Kriegsanleihe zu Geld zu erklären, eine Möglichkeit gewährt, um für eine gewisse Übergangszeit den Konsumenten die Anpassung an das veränderte Preisniveau zu erleichtern. Es liegt jedoch auf der Hand, daß hiermit

1. nur eine vorübergehende Abhilfe geschaffen ist, und
2. nur einem Teil des Volkes, nämlich den Kriegsanleihebesitzern, geholfen wird.

Auf die Dauer und für die Masse muß eine andere Regelung getroffen werden, wofern nicht Tausende dem Hungern preisgegeben und immerwährende erbitterte Lohnkämpfe das trübe Merkmal auch des neuen Wirtschaftsjahres werden sollen.

Gewißlich sind die Löhne nicht beliebig zu steigern. So falsch für die Wirtschaft des Hochkapitalismus die alte Lohnfondstheorie ist, genau so irrig ist der durch den Marxismus

genährte Glaube, es seien die niedrigen Löhne nur eine Folge kapitalistischer Zwangsverhältnisse. Heute ist es bereits so weit gekommen, daß einzelne Unternehmungen glaubwürdig erklären, durch die Lohnsteigerungen die Rentabilitätsgrenze erreicht zu haben, und es stellt sich heraus, was freilich dem Einsichtigen nie zweifelhaft sein konnte, daß zwar nicht die absolute Höhe des Lohnes, wohl aber sein Verhältnis zu Ein- und Verkaufspreis dem Zwang einer festen Begrenzung unterliegt. Dennoch: der Anpassung der Preise an das Weltmarktsniveau wird auch eine entsprechende Steigerung der Löhne folgen müssen — und diese Steigerung wird unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten unbedenklich geschehen können, da es sich bei ihr nur um eine Erhöhung des Nominal-, nicht des Reallohnes handelt.

Die Frage, auf welche Höhe die Preise und Löhne gesteigert werden sollen, ist, wie sich später zeigen wird, insofern nicht von entscheidender Bedeutung, als für die Löhne nicht an eine feste Normierung, sondern an eine gleitende Skala gedacht ist. Vor einer Anpassung der Preise an die Weltmarktsätze zum heutigen Stand der Valuta ist jedoch besonders zu warnen, da der jetzige Tiefstand kaum als endgültig anzusehen ist. Läßt sich ein Weg finden — und es sind ihrer verschiedene gewiesen worden — um die Marktbeträge des Auslandes zu binden und die Spekulation einzudämmen, läßt sich ferner der dauernde Druck fällig werdender Kredite durch Umwandlung in eine langfristige Anleihe vom Markt entfernen, läßt sich schließlich das „Loch im Westen“ verstopfen, so kann kein Zweifel sein, daß die Mark von ihrem Tiefstand sich wieder hebt. Es ist schwer zu sagen, auf welche Höhe, aber wir können annehmen, daß ungefähr die jetzige Parität der Kaufkraft die Grundlage der neuen Valutaparität bilden wird. Legt man diese Parität zugrunde, so ergibt sich, verglichen am Schleichhandelspreis von Mehl, Butter, Milch, daß die Kaufkraft der Mark ungefähr gleich 30 bis 40 Centimes ist. Und es wäre, zumal man mit einer steigenden Tendenz rechnen darf, daher ratsam, als neue Parität etwa 1 M = 35 Centimes der Berechnung der Inlandspreise zugrunde zu legen.

Eine solche Ausgleichung an die Preishöhe des Auslandes hat bereits jetzt auf einigen Gebieten stattgefunden. Er muß jedoch für alle Waren, für die Waren der freien Wirtschaft nicht anders als für die der Zwangswirtschaft, gleichmäßig und wenn möglich gleichzeitig erfolgen. Denn der jetzige Zustand, bei dem weite Gebiete freigegeben sind, während andere, vor allem die Landwirtschaft, künstlich niedrig gehalten werden, führt dazu, daß immer größere Teile der Produktion in den Schleichhandel wandern oder dem regulären Handel in ausländischen Säcken und Verpackungen als „Auslandsware“ verkauft werden. Will man verhindern, daß durch die plötzliche Preissteigerung der Landwirtschaft den Hausbesitzern und Grundstücksspekulanten „unverdiente“ (nominelle!) Millionengewinne in den Schooß fallen, so läßt sich dies auf dem Steuerwege einfacher und besser als durch eine künstliche Preispolitik erreichen. (Systematischer Ausbau der Wertzuwachssteuer.)

Gleichzeitig mit der Preisänderung aber wird die Anpassung der Löhne an das Weltmarktsniveau stattzufinden haben. Es wird hierbei nicht möglich sein, ohne weiteres die Löhne des Auslandes für die Berechnung der Inlandslöhne zugrunde zu legen. Ein reiches Land wie die Vereinigten Staaten wird immer höhere Löhne bezahlen können als Deutschland. Und wenn wir auch niemals hoffen dürfen, ähnlich billig wie vor dem Kriege zu produzieren, so wird doch der vergleichsweise noch immer billige Preis unserer Arbeit, der Arbeit des Unternehmers nicht anders als der des Arbeiters, des Kopf nicht anders als des Handarbeiters, eine der wenigen Hilfsquellen sein, auf die

wir zur Bezahlung der Entschädigungsansprüche des Auslandes zurückgreifen können. So wie wir die Preise nicht auf Grundlage der Valuta-, sondern der Kaufkraftparität zu berechnen vorschlagen, so können daher entsprechend die Löhne nicht durch Umrechnung der ausländischen Löhne zur Valutaparität, sondern durch Vergleich mit den neuen Inlandspreisen normiert werden; d. h. es muß das Einkommen zu den notwendigen Ausgaben in ein entsprechendes Verhältnis gesetzt werden, um die Minimalgrenze des Lohnes zu bestimmen, während die Maximalgrenze durch das Verhältnis des Lohnes zu Kosten, Preis und Gewinn der einzelnen Industriezweige zu berechnen ist. Diese Neufestsatzung des Lohnes darf nicht erst stattfinden, wenn eine Gewerkschaft einen Tarifvertrag kündigt oder eine Arbeiterschaft den Streik beginnt. Sondern, da das Reich wie die alten so auch die neuen Lebensmittelpreise normiert, so muß auch durch Reichsgesetz die Abschließung neuer Tarifverträge bestimmt und ein Schlichtungskommissar oder besser ein paritätischer, aus Unternehmern und Arbeitern zusammengesetzter Schlichtungsausschuß für jedes Gewerbe ernannt werden.

Bestände die Gewißheit, daß die Valuta bald zur Höhe der angenommenen Kaufkraft- und Preisparität emporsteigt und sich hier ein Beharrungszustand herausbildet, so wäre wenig dagegen einzuwenden, wenn die Tarifverträge wieder mit festen Fristen und zu festen Sätzen wie vor dem Krieg abgeschlossen werden. Obwohl es auch dann zur Sicherung des sozialen Friedens zweckmäßig wäre, eine Bestimmung zu treffen, durch die bei Gewinnsteigerung der Industrie die automatische Auszahlung eines Zusatzlohnes fällig würde. Das ergäbe gleichzeitig die Möglichkeit, die Arbeiter fester an das Interesse ihres Unternehmens zu binden und den Anlaß vieler Lohnkämpfe zu beseitigen. Die gerechtfertigten Bedenken, daß hierdurch die Kapitalneubildung erschwert wird, sind kein Hinderungsgrund, da sie auf steuerlichem Wege beseitigt werden können, sei es durch Einführung eines Sparzwanges, sei es durch Ausdehnung der geplanten Aufwandsteuer, sei es durch Vereinigung beider Maßnahmen. Da jedoch nicht nur die Dauerhaftigkeit der Preise und der Paritäten keineswegs feststeht, sondern vielmehr bereits jetzt Abweichungen bei einzelnen Produkten vorkommen und dazu noch in den einzelnen örtlichen Gebieten die Höhe verschieden ist, und immer verschieden sein wird, ist es von der Preisseite aus notwendig, das System der festen Tarifverträge aufzugeben und zur Festsetzung eines Zusatzlohnes neben dem Lohnfixum überzugehen. Wenn bisher bereits, vor allem bei den Gehältern der Beamten, weitgehend eine Regelung stattgefunden hat, durch die das Gehalt in Grundgehalt und Teuerungszulage zerfiel, so ist damit der Weg eingeschlagen, der fortgesetzt werden muß. Nur daß erstens eine Steigerung des Grundgehalts vom Niveau von 1914 auf die Paritätshöhe von 1919 stattzufinden hat („Grundlohn“), und daß zweitens die Teuerungszulage aus einer vorübergehenden in eine dauernde Einrichtung zu verwandeln und in automatischem Wechsel der Preislage anzupassen ist. Das System, das hierfür bereits bei einigen Gewerbebezügen eingeschlagen ist, muß hierzu auf die gesamte Wirtschaft ausgedehnt werden: Berechnung der Indexziffern für die lebenswichtigen Bedürfnisse (Nahrung, Wohnung, Kleidung), etwa nach Art der Sauerbeckschen Tafeln oder der Ziffern des Londoner „Economist“, und prozentuale Anpassung des Indexlohnes an die Indexziffern des vergangenen Monats. Als Norm für den Grundlohn und zugleich als Zahl 100 der Indexziffern hätte hierbei die Berechnung nach der oben angenommenen Parität 100 M = 35 fr zu dienen.

Es wird gewisse Schwierigkeiten verursachen, daß die

Indexziffern in verschiedenen Gegenden des Reiches ganz verschieden hoch sind. Aber es liegt gerade darum im wohlverstandenen Interesse des Arbeiters wie des Unternehmers, im Tarifvertrag nur den Grundlohn einheitlich zu normieren, dagegen den Zuschlag beweglich und anpassungsfähig zu lassen. In England hat bei der neuen Festsetzung der Löhne der Kohlenarbeiter nach der Herabsetzung der Arbeitszeit eine distriktsweise Regelung der Zuschläge stattgefunden, und es ist nicht einzusehen, warum der deutsche Arbeiter ein

geringeres Verständnis bezeigen sollte wie der englische. In Wirklichkeit ist die Veränderung erheblich geringer als es zunächst den Anschein hat; es handelt sich weniger um eine völlige Neuregelung, als um eine systematische Einbeziehung der Notmaßregeln des Krieges und um eine Ausdehnung der alten Einrichtung von Servis und Ortsklassen auf die Gehalts- und Lohnverhältnisse der gesamten Wirtschaft.

Dr. E. Salin-Heidelberg

Staat und Auslandseffekten in Deutschland (I)

Soeben wird halbamtlich mitgeteilt, daß das Reich künftighin keine ausländischen Effekten mehr enteignen werde. Damit hat also auch bei uns die staatliche Verwertung dieser volkswirtschaftlichen Währungsreserve aufgehört, und wir können ein einigermaßen abschließendes Urteil über dieses Teilgebiet staatlicher Wirtschaftspolitik fällen — ein Urteil, das umso mehr unser aktuelles Interesse beansprucht, als nun auch der französische Staat im Begriff ist, zur Mobilisierung der ausländischen Effekten überzugehen.

Deutschland war ja dem von England so früh gegebenen Beispiel der staatlichen Verwertung der Auslandseffekten erst spät und zögernd gefolgt. Dabei hätte gerade die Regelung und Kontrolle des Effektenverkehrs bzw. die Verstaatlichung der Auslandseffekten von Anfang an notwendig zu dem Apparat gehört, den wir nun doch einmal in den beiden Devisenordnungen errichten mußten. Es ist wohl anzunehmen, daß man sich dabei von dem Gedanken leiten ließ, die Valutaverschlechterung werde automatisch die ausländischen Papiere hinaustreiben, und privatwirtschaftliches Gewinnstreben werde bessere Preise erzielen als staatlicher Schematismus, wobei man übersah, daß dabei die Effekterlöse unerwünscht verwandt bzw. im Ausland belassen werden konnten und so das Portefeuille der ausländischen Werte nicht in seiner ganzen Ausgleichskraft für unsere Forderungsbilanz wirkte.

In normalen Zeiten ist eine derartig liberale Effektenpolitik des Staates natürlich die einzig richtige. Nur das private Gewinnstreben wird die beste Durchschnittsrendite des Auslandskapitals und, unbeirrt von politischen Einseitigkeiten und Augenblicksinteressen, weitgehendste geographische Differenzierung der ausländischen Investition erzielen. So begnügte sich denn bei uns der Staat mit bloßem Schutz der privatwirtschaftlichen Interessenten und erheblicher allgemeiner Belange durch die Institution der Zulassungsstellen.

Lediglich aus Verallgemeinerung und Ausbau der alten Zulassungseinrichtungen in den früheren privaten Börsenunternehmungen entstanden, besitzen diese Stellen bei uns keinerlei behördlichen Charakter; sie sind vielmehr als Kommissionen den Börsenvorständen gleichgeordnete Börsenorgane ohne Kontrahierungszwang, nur ausgestattet mit dem Zwangsmittel des Börsenausschlusses, auf Grund der jeweiligen Börsenordnungen, auf die allerdings die Landesregierungen durch ihr Genehmigungsrecht den weitgehendsten Einfluß ausüben können, und zwar durch die jeweilige Börsenkorporation bzw. die Handelskammer. Das Börsengesetz bestimmt nur, daß die Hälfte der Mitglieder aus Nicht-Effektenhändlern bestehen muß, wobei Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder von Effektenbanken nicht unbedingt als berufsmäßige Effektenhändler zu gelten haben. In der Tat überwiegt in diesen Stellen

der Einfluß der Großbanken, und damit ist die beste Gewähr für die Solidität und Bonität der zuzulassenden Papiere gegeben; denn unsere großen Emissionsbanken haben der Auslandsbetätigung des deutschen Volksvermögens fast immer richtige Direktiven gegeben, und aus eigenem Antriebe auf dem Wege schwarzer Listen und öffentlicher Warnungen den Kampf gegen den unlauteren Handel und Wettbewerb im Auslandseffektenverkehr aufgenommen; gegen die Animierinstitute und Remisiers, gegen die finanziellen Winkelblätter und den Anzahlungs- und Hausiererabsatz. Jedenfalls haben die Zulassungsstellen auch gesetzlich vor allem die privatwirtschaftlichen Interessen zu wahren, womit sie aber keineswegs „eine auch nur moralische Gewähr“ für die zugelassenen Werte übernehmen; auch allgemeine Interessen haben sie zu wahren, allerdings nur wenn diese erheblich sind und nach eigenem freien Ermessen. Der Staatskommissar kann nur Beschwerde einlegen. Die Beschwerdeinstanz ist aber wieder nicht den Anordnungen der Regierung unterworfen; freilich wird die Regierung einen ihr nicht genehmen Beschluß auf Grund des § 36, Abs. 3c des Börsengesetzes ohne weiteres als gesetzwidrig aufheben können. Zum mindesten ist also die politische Verwendbarkeit der Zulassungsstellen immer eine mittelbare und jedenfalls selten oder nie benutzte gewesen. Wie Bismarcks „Lombardverbot für russische Wertpapiere“ von 1887 an die Reichsbank zeigt, gab es und gibt es ja auch andere Wege einer machtpolitischen Ausnutzung der Auslandseffekten-Politik.

Hauptsache war, daß das deutsche Effektenportefeuille ein solides und gutdifferenziertes blieb, wofür neben der sachverständigen Zusammensetzung der Zulassungsstellen auch die speziellen Gesetzesbestimmungen für Auslandspapiere sorgten, die ja auch für die ausländischen Erwerbsgesellschaften die Bilanzpflicht gemäß § 265 H. G. B. einführten. Auch die Finanzpresse hat das ihrige getan, um das deutsche Auslandseffekten-Portefeuille zu schützen. So verhinderte die Frankfurter Zeitung in der Mitte der achtziger Jahre die Einführung spekulativer, amerikanischer Shares und lenkte die Anlagen mehr auf Bonds, die überwiegend guten Gewinn gebracht und namentlich an der Berliner und Frankfurter Börse die Baltimore- und Ohio-, die Pennsylvania-, die Kanada-Pacific- und andere Obligationen heimisch gemacht haben. Auch verhütete sie gerade um dieselbe Zeit den Versuch, das Verhältnis der Berliner Börse zur Londoner Stockexchange durch Erwägungen der hohen Politik zu beeinflussen.

Eins hat sie nicht verhindert: die Abwanderung unseres Auslandskapitals in ausländischen Depots, und gerade diese war keine bloße Erscheinung des freien Wirtschaftslebens, sondern ein Ergebnis des einzigen Eingriffs durch den Staat in die Effektenpolitik, den er sich vor dem Kriege gestattet

hatte, nachdem er allen konservativen Anregungen, anderweitig — z. B. durch Bildung einer staatlichen Zentralzulassungsstelle — aktive Effektenpolitik zu treiben, widerstanden hatte.

Wir meinen die Einführung der ominösen Stempelsteuer gemäß Reichsstempelgesetz vom 3. 7. 12, von dem Bendixen einmal mit Recht erklärte: „Hier hat der Fiskalismus die Volkswirtschaft schwer geschädigt. Der Stempel auf ausländische Effekten hat schlechthin prohibitiv gewirkt und den Deutschen daran gewöhnt, seinen Besitz an ausländischen Werten seinem englischen Bankier in Verwahrung zu geben. Die Folge davon ist, daß wir heute nicht nur der Verfügung über britische, sondern auch über viele neutrale, vor allem amerikanische, Effekten beraubt und nicht imstande sind, sie zu verkaufen.“ In der Tat lagerten bei Kriegsausbruch wohl rund 4 Milliarden deutscher Auslandswerte in den Depots ausländischer Banken. Nur der amerikanische „alien property custodian“ hat in seinem „final report“ eine detaillierte Zusammenstellung der von ihm beschlagnahmten Wertpapiere aus deutschem Besitz geboten. Danach handelt es sich allein in den Vereinigten Staaten um 4,71 Mill. Stück Aktien im Nominalwerte von 189,55 Mill. und im Marktwerte von 127,99 Mill. \$, ferner um Obligationen im Nominalwerte von 248,42 Mill. und im Marktwerte von 174,60 Mill. \$. Im einzelnen setzten sich diese Werte wie folgt zusammen:

Aktien	Zahl	Nominalwert	Marktwert
Eisenbahnen	497 980	47 591 080	20 214 302
Industriek Aktien	1 247 819	89 506 052	95 980 381
Öffentliche Unternehmungen ..	75 976	5 062 379	2 811 285
Banken, Trusts usw.	33 362	2 690 950	4 709 279
Bergbau	684 254	4 372 612	4 249 389
Aktien von unbekanntem Wert	2 144 581	40 326 521	—
	4 710 912	189 549 594	127 994 636
Obligationen			
Eisenbahnen	—	26 046 820	19 266 419
Industriefirmen	—	11 168 705	9 713 168
Öffentliche Unternehmungen ..	—	7 303 410	5 514 952
Regierrg., Staaten u. Gemeinden	—	12 535 938	12 108 722
Obligation. v. unbekannt. Wert	—	1 811 146	—
	—	53 866 019	46 603 261

Davon waren 919 580 Stück Aktien im Nominalwerte von 72,51 Mill. \$ und im Marktwerte von 51,13 Mill. \$, ferner Obligationen im Nominalwerte von 116,57 Mill. und im Marktwerte von 186,98 Mill. börsengängig.

Nach dem Palmer'schen Bericht verteilen sich diese Wertpapiere auf eine außerordentlich hohe Zahl von Banken, aber auch von deutschen Filial- und Tochterunternehmen usw. Darunter befanden sich übrigens 27 verschiedene Arten von Versicherungsaktien im Nominalwert von 952 786 und im Marktwerte von 2,35 Mill. \$. Über die Bestände in England sind detaillierte Angaben vom „public trustee“ nicht gemacht worden.

Der volkswirtschaftliche Schaden dieser ausländischen Depots ist nicht erst im Krieg eingetreten, schon im Frieden beraubte man dadurch unsere Börsen gewinnbringender Geschäfte und verschloß den deutschen Engagements die Möglichkeit, sich im eigenen Lande einen Markt zu schaffen, wenn auch andererseits der spekulative Charakter, vorzüglich der amerikanischen Eisenbahnaktien, es nahe legte, nicht noch das große Publikum damit in Berührung zu bringen und wenn auch dadurch die deutschen Börsen von den amerikanischen Märkten in vielleicht unerwünschte Abhängigkeit geraten wären. Die Regierung fürchtete aber vor allem eine Überlastung des deutschen Kapitalmarktes und wollte die heimischen Fonds schützen. Allerdings waren diese Gründe nicht stichhaltig, da man, durch Ausschluß amerikanischer Railway Shares vom heimischen Markte erstens den deutschen Staatspapieren nicht im geringsten half — denn an deren Tiefstand war nicht Kapitalmangel, sondern ihr Zinsfuß schuld, und sie wandten sich ja an ein anderes Publikum — zweitens aber sich die Spekulation dann eben auf den Auslandsbörsen betätigte. Zu spät hat man diese restriktive Politik aufgegeben, indem man den unheilvollen Paragraphen durch Verordnung vom 14. 12. 16 temporär suspendierte und durch eine Verfügung des preussischen Finanzministers vom 20. 2. 17 nun auch diejenigen ausländischen im Auslande befindlichen Wertpapiere stempelfrei einzuführen erlaubte, die einem inländischen Gläubiger verpfändet waren.

Dr. Hans-Otto Schultz

Deutsch-Österreich

Scheinblüte — Stand der Arbeitslosigkeit — Gleitende Gehaltsskalen — Tarifverträge — Lage der Angestellten — Eindringen ausländischen Kapitals

Wien, 3 Januar 1920.

Die wirtschaftliche Lage Deutsch-Österreichs weist widerspruchsvolle Züge auf. Die Valuta hält sich auf ihrem Tiefstand, die Ernährung des Volkes bleibt unzulänglich und das Massensterben wird nur dadurch eingedämmt, daß die auswärtige Hilfstätigkeit bereits in großem Umfang eingesetzt hat und sich der Kinder annimmt. Zugleich aber weisen zahlreiche Wirtschaftszweige eine Scheinblüte auf, die auf manchen Seiten einen ganz unbegründeten Optimismus nährt.

Zu ihren Symptomen gehört vor allem die sinkende Arbeitslosigkeit. Von einem Höchstbestand von 131 500 Arbeitslosen am 1. 5. 19 ist die Zahl der Arbeitslosen auf gegenwärtig ca. 60 000 gesunken. Für manche große Industriezweige ist daher auch bereits die Arbeitslosenunterstützung eingestellt. So gibt es in den Holz verarbeitenden Industrien keinen Arbeitslosen mehr. Die Möbeltischlerei hat Hochkonjunktur und hat auch die Bantischler herangezogen. Während die Möbelpreise für den heimischen Verbrauch unerschwinglich geworden sind, kauft das Ausland gegen Franks,

Lire und Dollar waggonweise Wohnungseinrichtungen spottbillig zusammen. Und hier fehlt es noch am wenigsten an Rohstoffen, wobei sich allerdings die Industrie vielfach mit minderen Holzsorten begnügt und künstliche Trocknung lange Lagerung ersetzen muß. Ebenso haben Schuhmacherei und Kleiderkonfektion stärkste Nachfrage und leiden bereits unter Arbeitermangel. Unter den größten Opfern sehen sich immer weitere Volksschichten zu einer Ergänzung ihrer verbrauchten Kleidungsbestände gezwungen, aber auch hier tritt das Ausland, den Markt bestimmend, als Käufer auf. Die spärlichen alten Stoffvorräte werden ziemlich reichlich, trotz der Valutanot, auf legalem und illegalem Weg, hauptsächlich aus Italien ergänzt; ebenso behilft sich die Luxus Schuhindustrie so gut es geht im Schleichhandel. Arbeitslosigkeit unter Schustern und Schneidern gibt es nicht mehr. Und dazu kommen schließlich alle Luxusgewerbe im engeren Sinn, die riesige Umsätze erzielen. So ist von 3000 Juwelierarbeitern fast niemand arbeitslos.

Die wirtschaftlichen Tatsachen, die diese Scheinblüte erklären, liegen nahe: So lange die Notenpresse ständig

arbeitet, ohne daß radikale Steuern für eine ebenso ständige Abschöpfung der Papiergeldmassen sorgen, entstehen täglich neue Riesenvermögen, gelingt einer bestimmten Bevölkerungsschicht der mühelose Erwerb. Trotzdem darf dieses Moment nicht überschätzt werden. Das Hauptkontingent der Luxurnachfrage, die auch das Stadtbild beherrscht, stellt das Ausland. Wien ist überschwemmt mit Angehörigen nicht nur der westlichen Großstaaten, sondern auch der Nationalstaaten, insbesondere Rumänen und Südslaven, die zusammenkaufen, was überhaupt erhältlich ist. In manchen Gewerbebezügen wird aber der Arbeitsmarkt auch durch den Zerfall der Monarchie bereits empfindlich eingeschränkt. So macht sich im Schneider- und Schustergewerbe bereits deutlich die Folgen einer nicht unbeträchtlichen Abwanderung von Arbeitern vom deutsch-österreichischen Staate nach ihrer tschecho-slovakischen Heimat fühlbar. Vor allem fehlt es seit einem Jahre an Nachwuchs, da die Lehrjungen aus Böhmen und Mähren, die früher nach Wien kamen, jetzt nach Prag gehen, um ihr Gewerbe zu erlernen. Die Verhältnisse in diesen verschiedenen Gewerbebezügen müssen deshalb sorgfältig beobachtet werden, weil sie für Wien in normalen Zeiten eine nicht viel geringere Bedeutung gehabt haben, als die Großindustrie. Die Bekleidungs- und Luxusindustrie ist in Deutsch-Österreich viel weniger industrialisiert als im Westen oder auch in Deutschland und ernährte viele tausende von Familien mit ihren Angehörigen als Heimarbeiter.

Dagegen sind die Arbeitsverhältnisse in der Großindustrie noch immer sehr trübe. In der Metallwaren- und Maschinenindustrie gibt es in Wien allein über 9000 unterstützte Arbeitslose. Es fehlt den Betrieben nicht an Aufträgen, aber entweder an Kohle oder an Halbfabrikaten (die Roheisenproduktion der Alpiner Montangesellschaft dürfte im abgelaufenen Jahr nicht über 600 000 Meterzentner betragen haben gegen 6,1 Mill. im letzten Friedensjahr). Übrigens ist auch die obige Ziffer fiktiv. Denn die größeren Betriebe haben schon vor Monaten zur Verminderung der Arbeitslosigkeit 20 % ihrer Arbeiterzahl zwangsweise einstellen müssen, und so sind zahlreiche Unternehmungen mit Lohnzahlungen für Arbeiter überlastet, die tatsächlich beschäftigungslos sind, was der Arbeitsmoral in den Betrieben natürlich nicht gerade förderlich ist. Ähnliches gilt von der Textilindustrie, die freilich nur im Westen (Vorarlberg) von größerer Bedeutung ist. Die Bautätigkeit steht nach wie vor fast vollkommen still, obwohl die Wohnungsnot (Wien war schon vor dem Krieg eine Stadt mit besonders schlechten Wohnungsverhältnissen) katastrophale Formen angenommen hat. So hat die Ziegelproduktion im Wiener Becken im abgelaufenen Jahre nicht über 6 Mill. Stück gegen 83 Mill. vor dem Krieg, die Zementherzeugung 750 000 Meterzentner gegen damals 5,2 Mill. betragen. Die Folge davon ist die riesige Arbeitslosigkeit von Tagelöhnern (noch immer über 28 000).

Besonders charakteristisch für das deutsch-österreichische Wirtschaftsproblem ist aber die große Arbeitslosigkeit von kaufmännischen Angestellten. Die Zerschlagung des ehemaligen Wirtschaftsgebietes hat zahlreichen Unternehmungen ihre Betätigungsmöglichkeit genommen, sie zur Abwanderung oder zur Verlegung ihrer Verwaltungsapparate nach den Nationalstaaten veranlaßt, ohne daß dabei die deutschen Angestellten mit übernommen werden konnten. Wie bei den manuellen Arbeitern durch die zwangsweise Einstellung, wird hier das Bild dadurch verfälscht, daß viele tausende von sogenannten geistigen Arbeitern noch weiter bezahlt werden, ohne eine nützliche gesellschaftliche Funktion auszuüben. Man denke an die vielen tausende Offiziere und Beamten (zumal die aus den Nationalstaaten vertriebenen) und

an die bei dem aufs äußerste eingeschränkten Bahnverkehr oft unbeschäftigten Bahnbediensteten. Eine besondere Konjunktur besteht auf diesem Gebiet nur für die Bankbeamten. Der hemmungslose Börsentaumel steigert nicht nur die Anforderungen, die bei allen bestehenden Banken und Privatfirmen an das Personal gestellt werden, sondern bringt täglich neue Gründungen von Bankfirmen. Dazu kommt, daß infolge des ungeklärten Verhältnisses zu den Nationalstaaten und dank der zahlreichen unverständlichen und umständlichen Bestimmungen des Friedensvertrages, der Währungstrennung usw. die einfachsten Geschäfte einen Arbeitsaufwand erfordern, der die Banken zu ständiger Vermehrung ihres Personals zwingt. Auch das gehört zu dem Bild einer Scheinblüte, auf das gedankenloser Optimismus gerne hinweist.

Inzwischen vollzieht sich immer rascher die Anpassung der Löhne und Gehälter an die täglich steigenden Preise. Die Regierung hat vor Jahreschluß die Gehälter aller Staatsbeamten verdoppelt und gleichzeitig das Prinzip der gleitenden Gehaltsskalen generell eingeführt. Bei einer Erhöhung der Preise von Brot, Mehl, Fett und Zucker (der wichtigsten öffentlich bewirtschafteten Lebensmittel) sollen die Gehälter um den Betrag dieser Erhöhung (umgerechnet auf die Menge der Ration) zuzüglich eines 50%igen Zuschlages dieses Betrages als Ausgleich der parallel zu erwartenden Preissteigerung der anderen lebenswichtigen Bedarfsartikel, erhöht werden. Dadurch ist der Gehaltssatz des deutsch-österreichischen Staates vorläufig bereits auf 3,6 Milliarden gestiegen, einen Betrag, der allein schon sämtliche Staatseinnahmen übersteigt.

Auf ähnlicher Grundlage sind aber gleichzeitig die Tarifverträge der Industrie erneuert worden. Danach beträgt zurzeit der Stundenlohn in der Metallindustrie 6 K (gegen 90 h bis 1 K vor dem Kriege), in der Holzindustrie (Möbeltischler u. dergl.) der Mindeststundenlohn 9,90 K, für bestqualifizierte Arbeiter 12,10 K (vor dem Kriege zwischen 42 und 66 h). In der Schuhindustrie betragen die Wochenlöhne zwischen 500 und 700 K (der Minimallohn von 105 bis 336 K ist hier praktisch bedeutungslos) gegen 30 bis 60 K vor dem Kriege, in der Kleiderkonfektion für männliche Arbeiter 150 bis 300 K gegen 28 K vor dem Kriege. Daraus ergibt sich, daß sich die Anpassung der Löhne an das geänderte Preisniveau in den einzelnen Industrien in sehr verschiedenem Maße vollzogen hat. Am schlechtesten sind wieder die kaufmännischen Angestellten daran, wo sie nicht, wie im Bankgewerbe, durch eine straffe Organisation eine außerordentliche Steigerung ihrer Gehälter durchsetzen konnten. Doch steht Deutsch-Österreich, wenn es nicht bald — wofür die Aussichten allerdings vorerst gleich Null sind — eine durchgreifende Besserung seiner Valuta erreicht, noch lange nicht am Ende seiner Lohn- und Preisentwicklung.

Durch die Einführung des Prinzips der gleitenden Lohnskalen hat sich die Regierung gewissermaßen freie Hand geschaffen für die Abwälzung der Weltmarktpreise der eingeführten Lebensmittel auf den Konsum. Eine Erhöhung des Brotpreises auf 4 K für den Kilogrammloib tritt bereits in den nächsten Tagen in Kraft, eine weitere Erhöhung auf 5 K ist bereits angekündigt, während der Mehlpriß auf 10 bis 12 K per kg erhöht werden soll. Die Entscheidung darüber ist vor der Abreise des Staatskanzlers nach Paris vertagt worden, soll aber auf Drängen des Staatsamtes der Finanzen, das bei den geltenden Preisen allein für Brot und Mehl 3 bis 4 Milliarden jährlich zuschießen muß, nächster Tage doch erfolgen. Das wird natürlich das Signal für eine weitere Kette von Preiserhöhungen sein. Bei den staatlichen Betrieben geht die Regierung ohnehin mit

aller Rücksichtslosigkeit vor. Vor allem ist sie bestrebt, durch scharfe Tarifierhöhungen das Defizit auf den Staatsbahnen zu beseitigen, was allerdings bei der Verkehrseinschränkung, zu der sie durch den Kohlenmangel gezwungen ist, kaum gelingen dürfte. Durch die letzte am 1. 1. in Kraft gesetzte Tarifierhöhung haben sich die Eisenbahntarife in Deutsch-Österreich gegen die Friedenstarife auf rund das Zehn- bis Fünfeinfache erhöht.

Inzwischen nimmt die Durchdringung Deutsch-Österreichs mit ausländischem Kapital immer mehr konkrete Formen an. Die bedeutendste Transaktion dieser Art ist der vor kurzem abgeschlossene Präliminarvertrag der Österreichischen Länderbank mit einer französischen Gruppe unter Führung der „Banque de Paris et des Pays Bas“ und der „Banque de Chine“. Danach soll die Länderbank, selbst eine französische (Bentoux-)Gründung, von deren Aktienkapital ungefähr ein Viertel in französischem Besitz ist, und die bereits von altersher eine Filiale in Paris unterhält, ihren Sitz nach Paris verlegen und in ein französisches Institut umgewandelt werden. Das gegenwärtige Aktienkapital von 160 Mill. K wird in 40 Mill. fr Stammaktien umgewandelt, außerdem werden an die Pariser Gruppen weitere 40 Mill. fr 6%ige Vorzugsaktien begeben. Die geschäftliche Seite dieser Transaktion ist in diesem Zusammenhang ohne Interesse. Vom wirtschaftspolitischen Standpunkt bedeutsam ist die Tatsache, daß damit zum ersten Mal das unternehmende französische Bankkapital mit einem Schlag eine Organisation zur Verfügung erhält, die sich nicht nur über das ganze Gebiet der früheren

österreichisch-ungarischen Monarchie erstreckt (die Länderbank unterhält in der Tschecho-Slovakei allein 12 Filialen und Exposituren, die namentlich im böhmischen Zuckergeschäft eine große Rolle spielen), sondern auch durch Beteiligungen an nationalen Instituten in Polen, Jugoslawien und Rumänien (Rumänische Kreditbank) interessiert ist. Seit 1911 steht die Länderbank auch in einer losen Interessengemeinschaft mit der Frankfurter Effekten- und Wechselbank, die auch im Verwaltungsrat der Länderbank vertreten ist. Im übrigen sind vor dem endgültigen Abschluß des Vertrages sowohl in Wien wie in Paris noch eine große Anzahl schwieriger staatsfinanzieller und juristischer Fragen, zum Teil politischen Charakters, zu lösen. Auf österreichischer Seite steht dabei (abgesehen vom grundsätzlichen Standpunkt) vor allem die Steuerfrage im Vordergrund, auf französischer die Frage der Freigabe der sequestrierten Aktiven der Pariser Länderbank-Filiale von rd. 25 Mill. fr, sowie des Liquidationserlöses der Londoner Filiale von rd. 400 000 £.

Jedenfalls dürfte das Vorgehen der Länderbank auch die Bemühung der anderen Großbanken um eine Interessengemeinschaft mit westländischem Kapital anregen, während sich bisher die ausländischen Beteiligungen in Deutsch-Österreich (anders in der Tschecho-Slovakei) auf Mittelbanken beschränkt hat: Depositenbank — Banca Commerciale Italiana, Wiener Kommerzbank — Banque du Nord, Allgemeine Verkehrsbank — englische Gruppe, doch liegt für die letztgenannte Beteiligung noch nicht die Zustimmung der englischen Regierung vor. *Dr. G. St.*

Rußland

Die Lage der Arbeiter — Abschaffung der Betriebsräte und Einsetzung von „Arbeitsdiktatoren“ — Übergang zum Prämien- und Taylorsystem — Vernichtung der Arbeiterorganisationen durch den Bolschewismus als Folge der „Diktatur des Proletariats“

Alexander Kerenski, der erste Führer der russischen Revolution und ehemalige Ministerpräsident veröffentlicht in dem Pariser Blatt „Pour la Russie“ und dem Berliner „Golos Rossii“ gleichzeitig eine Artikelserie, die amtliches Material der Sowjetkommissare zur Grundlage hat. Kerenski ist in der Lage aus dem offiziellen Organ „Ekonomitscheskaja Schisn“ kurze Berichte zu entnehmen, die den gegenwärtigen Stand der Wirtschaftslage in Sowjet-Rußland grell beleuchten und zumal zur Beurteilung der Folgen der „Nationalisierung“ — wie die Bolschewisten ihre Methode der Sozialisierung der Industrie nennen — von größtem Wert sind. Aus diesem Material wird noch viel zu entnehmen sein, diesmal soll besonders der Stand der Arbeiterfrage hervorgehoben werden, weil sich aus derselben Folgerungen ergeben, die von allgemeinem Interesse sind.

Über die Lage der Petersburger Metallindustrie gibt es folgende Angaben, die die Dezimierung der Arbeiterschaft bestätigen:

In allen Betrieben merkt man ein dauerndes Sinken der Zahl der Arbeiter und eine Vergrößerung der Arbeitslosigkeit. Der Zahl nach arbeiten in allen Betrieben 12 141 Arbeiter, tatsächlich aber bloß 7585, d. h. 62,4 %. Auf der Newa-Werft haben in der ersten Hälfte des Juli 50 % der Arbeiter tatsächlich nicht gearbeitet; in der zweiten Hälfte 70 %; in der ersten Hälfte des August 84 %. Aus der Zahl der tatsächlich arbeitenden 1447 — 1212 Arbeiter waren nur 440 d. h. 33 % — Männer, die anderen Frauen und Kinder. Von den 7500 Arbeitern, die in den Listen der Putilow'schen Werke geführt

wurden, arbeiteten tatsächlich nur 2800, d. h. 37,3 %. Die Betriebe dieser Art erreichen somit nur 33 % der Arbeiterzahl des Jahres 1916. („E. S.“ Nr. 209 und 215.)

Der gegenwärtige Stand der Petersburger Schwerindustrie ist besonders bezeichnend dafür, wie weitgehend durch die Diktatur des Proletariats dieses selbst vernichtet worden ist. Die Petersburger Schwerindustrie mit den Putilow, Neva, Baltischen, Obuchov, Baroneskischen Werken war die größte des Reiches. Die Organisation der Werke und besonders der technische Ausbau derselben konnte sich mit den größten Betrieben Westeuropas messen; sie beschäftigten seinerzeit zusammen zwischen 100–150 000 Arbeiter.

Die Gewerkschaft der Metallarbeiter war die stärkste und führende Arbeiterorganisation der Hauptstadt. Zusammen mit dem Verband der Drucker- und Typographenarbeiter stellten sie die Intelligenz der russischen Arbeiterschaft dar. Aus der Arbeiterschaft dieser Werke entstand die russische sozialistische Arbeiterbewegung und die Gewerkschaftsbewegung; von hier aus nahm die Revolution von 1905 ihren Anfang und die Arbeiter dieser Werke waren es, die sich trotz der verheerenden Verfolgungen der Reaktion ihr revolutionäres Klassenbewußtsein bewahrten und 1917 unter Kerenskis Führung die Revolution möglich machten. Und von dieser Kerntruppe des russischen Proletariats ist heute nur noch ein Zehntel übrig...

In den anderen Industrien ist die Lage womöglich noch schlimmer: ein Betrieb nach dem anderen hat zu bestehen aufgehört und die Zahl der Arbeiter des gesamten Petersburger Industriebezirks ist auf etwa 7 % gesunken.

Im Moskauischen Bezirk gab es zum 1. 1. 19 48 490 Textilarbeiter; in den nächsten sechs Monaten verringerte sich diese Zahl auf 15 290, d. h. um ganze 35 %. Im einzelnen hat sich die Anzahl der Arbeiter, die in dieser Industrie tätig waren, um 47,2 % verringert. („E. S.“, Nr. 219). So ähnlich steht es nach den Angaben des offiziellen Organs der bolschewistischen Regierung und der Provinzblätter auch um die großen Werke im Tulaschen, Sormowschen, Kolomnaschen und den Uralbezirken. Besonders letztere sind durch die bolschewistischen Verordnungen und später durch den weißen Terror Koltschaks bei der Räumung des Uralgebietes vernichtet worden.

Zwei Tatsachen sind diesen amtlichen Angaben zu entnehmen: daß die „nationalisierte“ Industrie fast völlig ruiniert ist und daß die Lage der Arbeiter sich unterm bolschewistischen Regime zunehmend verschlechtert hat. Wie weit der Untergang der Industrie eine Folge der „Nationalisierung“ ist, soll in einem folgenden Artikel untersucht werden — daß die Dezimierung und Demoralisierung der russischen Arbeiterschaft eine Folge der bolschewistischen Wirtschaftspolitik ist, wird von den Bolschewisten selbst zugegeben. Die Regierung Lenins hat sich genötigt gesehen, eine der Haupterrungenschaften der Revolution, den Kernpunkt der „Nationalisierung“ der Betriebe, die Betriebsräte wie die ganze Arbeiterkontrolle aufzuheben. „Ekon. Schisn“ schreibt:

„Die Hauptursache der geradezu katastrophalen Lage, in der sich die russische Industrie befindet, liegt in dem Fehlen jeder Disziplin und Ordnung in den Fabriken. Die Betriebsräte und Fabrikkomitees, die dazu berufen waren Ordnung in den Fabriken zu schaffen, haben nur geschadet und den letzten Rest von Disziplin zum Schwinden gebracht sowie eine vollständige Verschleuderung des Fabrikinventars nach sich gezogen. Alle diese Umstände haben uns gezwungen, die Betriebsräte aufzuheben und „Diktatoren“ mit uneingeschränkter Gewalt über Leben und Tod der Arbeiter an die Spitze der wichtigsten Betriebe zu stellen.“

Die Betriebsräte waren als Arbeiterkontrolle seit dem 14. 11. 17 eingeführt gewesen: ihre Tätigkeit sollte sich auf Kontrolle und Oberleitung des Ein- und Verkaufs von Rohstoffen und des Absatzes der Waren, auf den gesamten Produktionsprozeß und die finanziellen Angelegenheiten des Betriebes erstrecken. Sie wurden damals für alle Unternehmungen der Industrie und des Handels, Banken, Verkehrswesen usw. eingeführt. Die Arbeiterkontrolle sollte bei der Preisbildung mitwirken, sie war berechtigt die Geschäftsbücher und die Korrespondenz einzusehen, denn das Geschäftsgeheimnis war abgeschafft. Die Arbeiterkontrolle des Betriebs wurde von den Arbeitern und Angestellten gewählt. Jede größere Stadt hatte einen Rat der Arbeiterkontrolle, der ein Organ der örtlichen Sowjets war. Alle diese Betriebsräte unterstanden dem Allrussischen Rat für Arbeiterkontrolle, der wohl vermutlich auch abgeschafft ist, da seine Unterorgane zu existieren aufgehört haben. Sowjet-Rußland hat da eine Erfahrung gemacht, die Beachtung verdient: die Betriebsräte waren außerstande, den Betrieb wirklich zu leiten und mißbrauchten ihre Befugnisse, um Inventar und Produkte zu verkaufen und zu verschleudern. Das wichtigste Verfassungsrecht der Arbeiter mußte also aufgehoben werden...

Die neuen Betriebsdiktatoren werden ihre Hauptaufgabe wohl darin sehen müssen, gegen die herrschende Arbeitsunlust und mangelnde Leistungsfähigkeit der Arbeiter anzukämpfen. Man ist bemüht, durch eine Neuregelung der Lohnsätze, Ein-

führung besonderer Prämiensysteme die Intensität der Arbeit zu heben, — ob mit Erfolg, ist noch nicht festzustellen, denn die Angaben, die das offizielle Blatt macht, betreffen vorerst nur die Tatsache selbst, die ja allerdings im Rahmen kommunistischer Wirtschaftspolitik ein Novum und ein Aufgeben der „Errungenschaften der Revolution“ darstellt. „Ekon. Schisn“ meldet:

1. Das Volkskommissariat des Verkehrswesens beschloß individuelle Bezahlung für alle Kategorien von Angestellten in Abhängigkeit von der individuellen Arbeitsfähigkeit jedes einzelnen Angestellten nach Einschätzung einer besonderen Kommission einzuführen. („E. S.“ Nr. 207.)

2. Das Arbeiter-Zentralkomitee des Verbandes polygraphischer Unternehmungen bestimmte, den bisherigen Tarif abzuändern und durch ein Prämiensystem zu ersetzen.

3. Dem Plenum des Zentralkomitees wurde von dem Verband der Metallarbeiter mitgeteilt, daß die Hauptleistung der letzten Rechnungsperiode in der Durchführung eines Prämiensystems bestand. Es sind Tagesstarife ausgearbeitet worden, wobei man darauf bedacht war, wissenschaftliche Methoden zur Prüfung der normalen Leistungsfähigkeit der Arbeiter anzuwenden usw. („E. S.“ Nr. 219)

4. Auf den staatlichen podolischen Eisenbahnwerkstätten ist folgendes Prämiensystem eingeführt worden: Als Arbeitsnorm gelten 25 % der allgemeinen Leistungsfähigkeit. Wenn ein Arbeiter zu einer bestimmten Frist diese Norm erfüllt, dann erhält er 20 % zu diesem Tarif dazu, wenn nicht, so nur $\frac{2}{3}$ des Tarifs. Bei Erfüllung der Aufgaben in doppelt schneller Arbeitsweise, d. h., bei einer Arbeitsökonomie von 50 % erhält er eine Prämie von 100 % des Tarifs. Bei einer Arbeitsökonomie von 100 % eine Prämie von 175 % des Tarifs. („E. S.“, Nr. 210.)

5. Ein gleiches Prämiensystem ist auf dem Kostromaschen Mechanischen Werk eingeführt worden. Hier wird die Normalarbeit mit einem Sekundenmesser kontrolliert. In Einzelfällen wird die Erfüllung der Aufgabe nach Ermessen des Meisters festgestellt. („E. S.“, Nr. 211.)

6. Resultate des Prämiensystems bei den Moskauer Staatseisenbahnen. Eine Prämie wird gezahlt bei Überschreitung zwölftägigen Arbeitens im Monat. Von 1000 im Juli tätig gewesen Straßenbahnkonduktoren haben nicht weniger als 76,8 % zwölf Tage gearbeitet, von ihnen haben 27 % Prämien erhalten im Durchschnitt von 245 Rubel (von 25 bis 500 Rubel). Von 1100 Straßenbahnschaffnern haben nicht weniger als zwölf Tage 26 % gearbeitet, eine Prämie haben 32 Mann oder 3 % der Gesamtanzahl erhalten.

7. Papierfabriken. In den Papierfabriken ist der Akkordlohn eingeführt worden. Die Produktion hat sich verdreifacht. Es wird das Prämiensystem eingeführt.

8. Auf den Schiffen der Marien-Fluß-Linie ist das Prämiensystem eingeführt worden. Die Prämien werden in Naturalien ausgezahlt und zwar in Brot. („E. S.“ Nr. 219.)

9. Die Moskauer Bezirkskommission zur Bekämpfung der Massenversäumnisse der Arbeiter, die in der letzten Zeit ganz besonderen Umfang angenommen haben, bestimmte: Für alle Versäumnisse sind Abzüge am Lohn vorzunehmen. Im Falle zweimaligen Nichterscheins zur Arbeit im Laufe eines Monats ohne genügende Gründe, hat die Leitung der Betriebe das Recht, die Arbeiter zu entlassen und davon dem Komitee zur Verteilung der Arbeitskräfte Mitteilung zu machen. Wenn die Versäumnisse Massencharakter annehmen, so sind sie als Sabotage anzusehen und die betreffenden Personen sind

den entsprechenden Behörden zur Überweisung in Konzentrationslager (zur Vornahme von Zwangsarbeiten) auszuliefern.

Man muß sich fragen, welche Zwecke die Diktatur des Proletariats und die Sozialisierung der Betriebe überhaupt noch hat, wenn das Wirtschaftsleben in dieser Weise zerstört wird und außerdem noch an Stelle der bisherigen freien Tarife, die die Interessen der Arbeiter weitgehend berücksichtigten, der Akkordlohn, das Prämiensystem, ein aufs Äußerste zugespitztes Taylorsystem, Entlassungen, die nach bolschewistischem Recht einen Verlust der Brot- und Nahrungsmittelkarten zur Folge haben und schließlich sogar Zwangsarbeiten an Stelle der freien Arbeit getreten sind?

Gewiß kann man nicht alles dieses auf die bolschewistischen Sozialisierungen zurückführen. Die Demoralisierung, die der lange Krieg, die Revolution, der Bürgerkrieg und schließlich die trostlose Lage der russischen Großstädte hervorgebracht hat, tragen die Hauptschuld an diesen Erscheinungen, hätten aber zur Einsicht führen müssen: daß unter den gegenwärtigen Umständen eine Sozialisierung unmöglich ist. Denn schließlich ist es in sehr vielen Fällen gerade die Form dieser Sozialisierungen gewesen, die die Demoralisierung der Arbeiter vollendet hat, denn wenn die schlimme wirtschaftliche Lage der Arbeiter St. Petersburgs, Moskaus auch andere Ursachen haben mögen, die wirtschaftliche Lage z. B. der podolischen Eisenbahnwerkstätten oder der erwähnten Kostroma'schen Betriebe kann in dem außerordentlich fruchtbaren Lande kaum eine so schlimme sein, daß sie als stichhaltiger Grund angeführt werden könnte.

Der Bolschewismus ist entstanden aus der Bewegung des klassenbewußten städtischen Proletariats. Er hat dieses Proletariat vernichtet durch den Bürgerkrieg und die Wehrpflicht in der roten Garde dasselbe dezimiert, — er macht nun einen

Wiederaufbau der russischen Industrie für lange Zeiten so gut wie unmöglich und wirft das Land durch die Ausrottung der sozialistisch-demokratischen Massen und restlosen Verelendung derselben in die primitivsten Zustände der Barbarei zurück. Der Bolschewismus führt seit seinem Bestehen einen Ausrottungskrieg gegen die russische Intelligenz, die bisher Trägerin demokratisch-sozialistischer Ideen war. Die große sozial-revolutionäre Partei ist so gut wie vernichtet, die menschowistische Sozialdemokratie führt ein kümmerliches Dasein und ihre Führer haben zum großen Teil emigrieren müssen. Die bolschewistische Wirtschaftspolitik vernichtet nun auch die materielle Existenz seiner eigensten Anhänger in den Reihen des klassenbewußten Proletariats. Daß die Zahl der eigentlichen Kommunisten nicht groß ist, erhellt auch aus den Mitteilungen des Kommissars Sorin auf einem Parteitag der Bolschewisten, wonach im November in Petersburg 18 838 Parteimitglieder eingetragen waren, von denen 6000 Rotgardisten sind. Von diesen seien 4000 Parteimitglieder an die Front geschickt. — Die Zahl der verbleibenden kommunistischen Fabrikarbeiter ist also sehr gering. Auf Grund aller dieser Tatsachen ist es nicht schwer, zu dem Schluß zu kommen, daß ein Regime wie das bolschewistische, wenn man es nicht nach Augenblickserfolgen, sondern nach der Logik der Entwicklung bewertet und so einschätzt, wie es der Marxismus selbst tut — aus ökonomischen Ursachen, entstanden um ökonomischer Ziele existierend — schließlich nur dazu führen kann, daß Rußland auf Grund seiner völlig veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse in einen primitiven Zustand zurücksinkt, in dem nicht mehr die demokratischen, sondern die unkultiviertesten, also politisch vorwiegend reaktionären Elemente zur Herrschaft gelangen.

Dr. Hans von Eckardt

Finnland

Währungsrückgang und Währungspolitik

Vor dem Kriege bestand in Finnland die Goldwährung. Nach Kriegsausbruch mußte die Bank von Finnland wie andere Staatsbanken die Einlösung ihrer Noten in Gold einstellen. Damit war der Gleichgewichtslage der ausländischen Wechselkurse der feste Stützpunkt entzogen. Als nun nach Beendigung des Kriegszustandes die Befriedigung des während der Kriegszeit immer mehr angewachsenen Warenbedarfs einsetzte und der ausländische Zahlungsverkehr in großem Umfange wieder aufgenommen wurde, verstärkte sich der Rückgang des Kurses der finnländischen Mark, so daß er Anfang 1920 auf $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{5}$ des Paritätswertes gesunken war:

Kurs der finnländischen Mark

	in	2.1.19	1.2.19	1.3.19	1.4.19	1.5.19	2.6.19	1.7.19
Stockholm	38,25	39,—	36,25	38,50	38,—	37,50	34,—	—
London	—	—	—	—	—	—	—	—
Berlin	81,75	81,75	92,75	103,75	138,25	128,25	105,25	—
	in	1.8.19	1.9.19	1.10.19	1.11.19	1.12.19	2.1.20	Parität
Stockh.	26,—	19,—	19,—	19,—	15,50	14,25	100F.M.=61,90 Kr	—
London	—	91,50	91,50	95,—	122,50	126,—	1 £ =25,22F.M	—
Berlin	102,75	112,75	112,75	134,25	142,25	149,50	100F.M.=81,— M.	—

Die Berliner Notierung nahm im Zusammenhang mit der Entwertung der deutschen Mark eine dem Fallen der Kurse in Stockholm und London gerade entgegengesetzte Entwicklung.

Die außerordentlich ungünstige Entwicklung der finnländischen Währung muß auf die stark passive Zahlungsbilanz des Landes und auf die innere Entwertung der finnländischen

Mark durch Inflation und Preissteigerung zurückgeführt werden. Besonders springt ins Auge der durch das bedeutende Anwachsen der Einfuhr nach Menge und Wert bei verhältnismäßig geringer Ausfuhr verursachte Einfuhrüberschuß, dessen Entwicklung und Höhe aus nachfolgender Aufstellung hervorgeht (in Mill. F.M.):

	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhrüberschuß
Januar.....	69,5	19,1	58,4
Februar.....	72,2	8,1	64,1
März.....	122,7	6,0	116,7
April.....	165,7	12,0	153,7
Mai.....	201,4	17,7	183,8
Juni.....	199,2	37,7	161,5
Juli.....	199,7	56,7	145,0
August.....	243,9	145,9	96,0
September...	241,2	118,3	122,9
Oktober.....	292,4	150,6	141,8
November...	287,9	133,0	154,9
Jan.—Nov....	2095,8	697,1	1398,7

Der Einfuhrüberschuß betrug somit schon Ende November über $1\frac{1}{4}$ Milliarden F.M.

Auch die Bilanzen der Banken zeigen die Passivität der ausländischen Zahlungsbilanz. Am 1. 11. 19 belief sich der gesamte Guthabensaldo der finnländischen Banken zugunsten des Auslandes einschließlich des der Staatsbank auf 477,7 Mill. F.M. Der Bedarf an ausländischer Valuta konnte auf Grund der Berichte der allein zum Valutahandel berechtigten Banken

genau festgestellt werden. Wir geben hier diese Zahlen für die drei ersten Vierteljahre 1919 wieder (in Mill. FM):

	1.1./5.4.	5.1./28.6.	28.6./27.9.	1.1./27.9.	% der Gesamtsumme
Kapitalzinsen u. -renten (Annuitäten).....	13,0	12,4	4,4	29,8	3,6
Tilgung vor d. 1.6.18 ¹⁾ entstand. Schulden..	10,8	5,4	4,5	20,7	2,5
Staatseisenbahnen u. a. staatliche Zwecke ..	2,7	5,4	5,3	13,4	1,6
Lebensmittel.....	197,4	55,9	50,9	304,2	36,6
Zucker und Süßstoffe ..	28,2	0,4	2,7	31,3	3,8
Früchte.....	5,6	0,7	4,5	10,8	1,3
Kaffee.....	8,0	6,0	5,1	19,1	2,3
Tabak.....	11,5	3,8	4,2	19,5	2,3
Versch. Handelswaren ..	14,0	4,1	28,9	51,4	6,2
Düngemitt. u. Kraftfutt.	11,9	11,0	11,2	27,2	3,3
Öle.....	2,0	30,0	17,7	30,7	3,7
Rohstoffe d. Industrie	26,9	8,1	49,8	106,7	12,8
Maschinen u. Zubehör	9,5	8,1	22,9	40,5	4,9
Automob. u. Traktoren	1,3	1,5	1,4	4,2	0,5
Apothekerwaren	3,1	1,1	1,4	5,6	0,7
Reisegelder	3,5	2,8	3,1	9,4	1,0
Sonstiges, nicht einzeln aufgeführt	42,6	27,7	36,9	107,2	12,9
Gesamtbedarf	392,0	184,8	254,9	831,7	100,0

Bei der Betrachtung dieser Zahlen darf man nicht vergessen, daß ein umfangreicher Devisen-Schleichhandel bestand, und daß die Verwendung unmittelbar zugegangener, nicht durch Kauf gegen finnländische Mark erworbener Auslandsvaluta für eigene Zahlungen an das Ausland zulässig war, so daß der tatsächliche Bedarf höher geschätzt werden muß. Die vorstehende Übersicht zeigt ungefähr das Verhältnis, in dem diejenigen Posten der Zahlungsbilanz, welche in der Handelsbilanz nicht enthalten sind, zu dem Gesamtbedarf stehen.

Der Notenumlauf hat sich in den Kriegsjahren fast verzehnfacht: Ende 1913 betrug er 113 Mill., im Staatsbankausweis vom 8. 12. 19 wird ein Gesamtnotenumlauf von 1085 Mill. FM gemeldet.

Den aus der ungünstigen Entwicklung der Zahlungsbilanz und damit der Wechselkurse drohenden Gefahren suchte die finnländische Regierung durch gesetzliche Beschränkung des Außenhandels und des Valutahandels entgegenzuwirken. Es wurde ein allgemeines Einfuhrverbot erlassen; nur auf Grund besonderer Lizenz war die Einfuhr zulässig. Über die Ausübung des Valutahandels erschien die erste Senatsverordnung im Mai 1918; diese Verordnung war mit geringen Änderungen auch im Jahre 1919 noch in Kraft. Durch Gesetz vom 30. 4. 19 und Ausführungsverordnung vom 3. 5. 19 wurde der Valutahandel ausschließlich der Bank von Finnland und einer Reihe von Aktienbanken übertragen; die Geltungsdauer des Gesetzes war festgesetzt bis zum 31. 10. 19. Die zum Valutahandel zugelassenen Banken durften nach dieser Regelung im Inland frei, im Ausland nur mit besonderer Bewilligung der Bank von Finnland ausländische Valuta ankaufen, jedoch nicht zu höheren als den von der Staatsbank notierten Verkaufskursen. Frei verkauft werden durften nur Beträge von 5000 FM je Person und Woche. Der Verkauf größerer Beträge war nur zur Bezahlung von Waren oder vor dem 1. 6. 18 entstandener fälliger Schulden zugelassen; der Käufer mußte Einfuhrschein oder Erlaubnisschein des Valutakontrollbüros vorzeigen. Die Umwechslung ausländischer Valuta in andere ausländische Valuta, mit Ausnahme von russischen Rubeln, war zulässig. § 4 der Verordnung bestimmte, daß die zugelassenen Banken zur Deckung von aus dem Ausland erhaltenen Inkassoaufträgen

ausländische Valuta zurückstellen durften; handelte es sich um größere Werte als 5000 FM, so war vom Schuldner eine Abrechnung zu verlangen, auf die die voranstehenden Vorschriften sinngemäß Anwendung fanden. Auch bei Einzahlungen auf das Konto eines Ausländers war die Zulässigkeit der Zahlung zu prüfen. Die Kontrolle über den Valutahandel stand einem aus einem Vertreter der Staatsbank, fünf Vertretern der Privatbanken und einem Regierungsvertreter bestehenden Kurskomitee zu. Durch diese Verordnung wurde der Valutahandel bei den Banken monopolisiert und der Bank von Finnland eine wichtige Handhabe zur Regulierung der Kurse gegeben. Diese Regelung wurde vielerseits heftig angegriffen. Am 7. 6. übersandte die Finlands Bankförening dem Finanzministerium ein offenes Schreiben mit Änderungsvorschlägen, das bei den interessierten Kreisen allseitige Zustimmung fand. Es hatten sich sehr unliebsame Zustände herausgebildet: neben dem amtlichen gab es einen Schleichhandelskurs, und oft genug konnten die Banken dem Bedarf an ausländischen Zahlungsmitteln nicht genügen. Die Regierung hielt jedoch an der bestehenden Regelung fest. Als am 5. 9. eine große Anzahl von Einfuhrverboten aufgehoben wurde, wurde bei Kauf von ausländischer Valuta die Bezahlung von Waren, deren Einfuhr keiner Lizenz mehr bedurfte, nur eine Erklärung des Käufers über die Verwendung der Valuta gefordert. Außerdem wurde in Fällen, wo für Warenkauf im Ausland Vorschußzahlung erforderlich war, die für diesen Zweck erforderliche Valuta bewilligt.

Um fremde Valuta ins Land zu bekommen, traf im August Finlands Bank mit den Holzexporteuren ein Abkommen, demzufolge diese einen neunmonatlichen rentenfreien Kredit von 130 Mill. FM auf ihre Lagerbestände erhielten und sich hiergegen verpflichteten, 50 % der ihnen zufließenden ausländischen Valuta an Finlands Bank abzuführen. Da die Exporteure bis dahin gegen finnländische Währung verkauft hatten, verpflichteten sie sich gleichzeitig, von jetzt an nur gegen ausländische Währung zu verkaufen. Finlands Bank garantierte die damaligen Kurse: 1 £ = 44 FM, 100 schwed. Kr. = 245 FM als Mindestkurse. („Mercator“ v. 29. 8. u. 5. 9. 19.)

Die Bemühungen von Regierung, Banken und Privaten, Kredite großen Umfangs in Schweden, England und Amerika zu erhalten, scheinen fast alle an dem geringen Interesse und den harten Bedingungen des Auslandes gescheitert zu sein. Selbst das Zustandekommen der Staatsanleihe in England ist neuerdings wieder in Frage gestellt.

Mit dem 1. 11. 19, dem Tage des Ablaufes des Valutagesetzes vom 30. 4. 19, ist nun der Valutahandel in Finnland frei geworden. Die Regierung hat sich vom Reichstag mit Gültigkeit bis zum 1. 4. 20 das Recht geben lassen, „solche Bestimmungen über den Handel mit ausländischer Valuta auszufertigen, die sie für die Wahrung der Interessen der Allgemeinheit für nützlich hält“.

Die erste Folge der Freigabe des Valutahandels war ein neuer Kursfall der finnländischen Mark. In Finnland rechnet man mit einer bedeutenden Steigerung der Holz- und Papierausfuhr im Laufe dieses Jahres und hofft auf einen größeren Zustrom von Auslandsdevisen; ob sich aber hierdurch die ausländische Zahlungsbilanz wesentlich bessern wird, muß angesichts des großen Einfuhrbedarfs und der ungünstigen finanziellen Stellung des Staates zweifelhaft erscheinen.

H. G.

¹⁾ An diesem Zeitpunkt trat die erste Valutaverordnung vom 27. 5. 18 in Kraft.

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

19. 1.	Hamburg	Berlin	Amsterdam	Zürich
Amsterdam	23,27 ¹ / ₂	22,25	—,—	211,25
Barcelona	—,—	11,35	—,—	—,—
Berlin	—,—	—,—	4,80	10,—
Brüssel	5,22 ¹ / ₂	—,—	23,—	49,50
Budapest	—,—	26,25	—,—	—,—
Buenos Aires	—,—	—,—	—,—	242,—
Finnische Noten ..	—,—	—,—	—,—	—,—
Helsingfors	2,18	2,11	—,—	—,—
Kopenhagen	10,90	10,60	47,52	102,—
Kristiania	11,70	11,50	52,50	111,—
London	2,28	—,—	9,89	20,90
Madrid	—,—	11,35	50,75	107,—
Marknoten	—,—	—,—	—,—	—,—
New York	63,75	—,—	266,—	560,—
Paris	5,30	—,—	22,95	49,25
Prag	76,—	79,25	—,—	8,—
Rom	—,—	—,—	—,—	—,—
Rumänische Noten ..	—,—	—,—	—,—	—,—
Stockholm	11,85	12,50	55,55	118,—
Wien	alt —,—, neu 20,—	27,—	1,10	2,20
Zürich	10,80	10,60	47,50	—,—

19. 1.	Wien	Prag	Paris	London	New York
Amsterdam	79,75	—,—	435,—	—,—	—,—
Berlin	455,—	129,75	20,25	—,—	1,75
Kopenhagen	41,—	—,—	—,—	20,70	—,—
London	—,—	—,—	42,89	—,—	3,65 ¹ / ₄
Marknoten	454,—	126,75	—,—	—,—	—,—
New York	—,—	—,—	1156,50	373,—	—,—
Paris	—,—	—,—	—,—	—,—	11,62
Wien	—,—	31,—	—,—	—,—	—,—
Zürich	38,75	—,—	207,50	—,—	—,—

Valparaiso: 12. 1. Wechselkurs auf London 90 T. S... 20¹/₂ d.

Abweichungen von der Münzparität in:

Kurs der bzw. des am 19. 1. 1920	Amsterd.	Zürich	Kopenh.	Stockh.	Wien
Reichsmark	-94,56	-92,22	-89,03	-90,32	+288,03
Dt. österr. Krone ..	-98,12	-98,10	—,—	—,—	—,—
Französ. Frank.	-53,33	-52,20	-31,93	-41,67	—,—
Pfund Sterling.	-19,15	-18,52	+15,31	+18,72	—,—
Dollar	+7,32	+7,53	+52,54	+30,03	—,—

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	8. 1.	16. 1.
Alexandrien	97 ⁷ / ₁₆ pari	97 ⁷ / ₁₆ pari
Bombay/Kalkutta ..	2 s 4 ¹ / ₄ d - 2 s 4 ³ / ₈ d	2 s 4 ¹ / ₈ d - 2 s 4 ¹ / ₄ d
Hongkong	5 s	5 s
Shanghai	7 s 9 d - 8 s 1 d	7 s 9 d - 8 s 3 d
Singapore	2 s 4 ⁵ / ₃₂ d - 2 s 4 ³ / ₈ d	2 s 4 ³ / ₃₂ d - 2 s 4 ³ / ₈ d
Yokohama	2 s 7 ¹ / ₂ d - 2 s 8 d	2 s 8 d - 2 s 8 ¹ / ₄ d
Montevideo T.T.	66 d - 66 ¹ / ₂ d	66 ³ / ₄ d - 67 ¹ / ₄ d
Rio de Janeiro	17 ²⁹ / ₃₂ d	17 ¹³ / ₁₆ d
Buenos Aires T.T.	62 ¹ / ₃ d - 62 ² / ₃ d	62 ⁷ / ₈ d - 63 ³ / ₈ d
Valparaiso 90 T.	12 ²³ / ₃₂ d	13 ¹ / ₃₂ d

Geldverfassung und Währungspolitik

Die Reichsregierung beabsichtigt, sämtliche Reichsilbermünzen außer Kurs zu setzen. Auf Anordnung des Reichsbankdirektoriums kaufen die Reichsbank-Hauptkasse und die sämtlichen Zweiganstalten der Reichsbanken die Silbermünzen schon jetzt zu einem dem Marktpreise des Inlandes entsprechenden Preise an, und zwar bezahlen sie für Einmarkstück 650 M ein ¹/₂ Markstück od. Zweimarkstück 13,— „ altes 50 Pfg.-Stück .. 3,25 M Dreimarkstück 19,50 „ Silb. 20 „ „ .. 1,30 „ Fünfmarsstück 32,50 „ einen alten Taler 21,50 „

Seit Anfang dieses Jahres haben die Börsen von Essen und Düsseldorf den Devisenhandel wieder aufgenommen mit Einführung einer inoffiziellen Notierung im Freiverkehr und dem Handel in Sorten und drablichen Auszahlungen auf Belgien, Frankreich, Schweiz, Holland, England, nordische

Staaten und Amerika. Die Notierung erfolgt zu Mindest- und Höchstkursen. („Frankfurter Ztg.“ vom 4. 1. 20.)

Das Privilegium der österreichisch-ungarischen Bank ist auf unbestimmte Zeit verlängert worden, wobei die Bank verpflichtet und ermächtigt wurde, auch auf ungarischem Gebiet ihre statutenmäßige Tätigkeit bis auf weiteres fortzusetzen. („Neue Freie Presse“, Nr. 19878.)

Bei der kommenden Banknotendevaluation in Ungarn soll das Postsparkassengeld davon ausgeschlossen bleiben, woraufhin sein Disagio bereits auf 3 bis 2 % herunterging. („Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft“, Nr. 150.)

Die Ausfuhr von tschecho-slovakischen Bank- und Staatsnoten, von nicht verarbeitetem Gold und Silber, von Gold- und Silbermünzen, Schecks, Akkreditiven, Wechseln, Anweisungen, Kupons, Einlagebüchern und Kassaanweisungen ist ohne Bewilligung des Bankamtes des Finanzministeriums in Prag verboten. Ausgenommen ist Reisebedarf von höchstens 1000 fr, 1200 Lire, 2000 M oder von solchem Bedarf in fremder Valuta, der dem Wert von 3000 tschecho-slovakischen Kronen bzw. bei Familienreisen 5000 Kr entspricht. („Deutsche Allg. Ztg.“, Nr. 13.)

Es ist der tschecho-slovakischen Regierung gelungen, in Amerika eine neue Anleihe von 25 Mill. \$ zu erwirken. Die Anleihe soll mit 5 % Verzinsung auf fünf Jahre abgeschlossen werden. Ein Teil der Summe muß für den Ankauf von Fertigprodukten verwendet werden, hauptsächlich Lokomotiven aus den amerikanischen Kriegsbeständen. („Berl. Börsenzeitung“, Nr. 30 v. 19. 1. 20.)

Die französische neue Anleihe wird zu pari ausgegeben, aber die Zeichner können in sechzig Jahren 150 für je 100 gezeichnete fr verlangen und erhalten einen Zins von 5 %. Die Zeichnungsliste wird am 19. 2. aufgelegt und am 20. 3. geschlossen. Die italienische neue Anleihe wird zu 87,5 ausgegeben plus 5 % Zinsen vom 1. 2. bis zum Datum der Einzahlung abzüglich des Betrages des Julikupons. Die Anleihe kann nicht vor Ende 1931 konvertiert werden. Die Zeichnungslisten werden am 7. 2. geschlossen. Man erhofft etwa 15 Milliarden Lire.

Die Regierung der Goldküste legt eine Anleihe zu 6 % auf. Der Betrag beläuft sich auf 4 Mill. £, von denen bereits ¹/₂ plziert sind. Die Ausgabe erfolgt pari; die Rückzahlung ist zu pari für den 15. 2. 1970 vorgesehen.

Das amerikanische Schatzamt soll mit drei in China operierenden amerikanischen Banken einen Verkaufskontrakt über 20 Mill. Silberdollars gegen eine Mindestkommission von 1,35 \$ für die nach China gelieferte Unze abgeschlossen haben. Die Silbervorräte in Shanghai betrugen Ende des Jahres ungefähr 17 500 000 Unzen Sycee, 6 800 000 \$ und 5900 Barren Silber (Agence économique et financière). Die Zentralbanken der neutralen Länder haben die Durchschnittsgoldproduktion von etwa ¹/₂ Jahren an sich gezogen. Wenn man berücksichtigt, daß etwa 30 bis 40 % des aufgenommenen Goldes industriellen Zwecken diene, so folgt, daß noch weit größere Beträge den neutralen Ländern zugeflossen sind. („Lagerstättenchronik“, Berlin.)

Die amerikanischen Goldimporte im Jahre 1919 betrugen insgesamt 75,9 Mill. \$, die Gesamtgoldexporte 354 Mill. \$. Die Gesamtsilberimporte beliefen sich auf 85,9 Mill., die Exporte auf 331 Mill. \$, wovon Britisch-Indien 109 Mill. und China 70 Mill. \$ erhielt. („Der Osten“, Nr. 14 v. 3. 1. 20.)

Neugründungen und Kapitalerhöhungen im Dezember 1919

Aktiengesellschaften

Namen	Ort	Zweck nach Gewerbegruppen	Neugründungen Akt.-Kap. in 1000 M.	Kapitalerhöhung. Ausab. kurs in %	Kapitals-erhöhung. in 1000 M.	Ausab. kurs in %
Deutsche Seef. A.-G.	Cuxhaven	Fischerei	—	—	4000	100
Rostock-Hochseefisch.	Rostock	„	—	—	700	106
Griendtsveen Torf-stren A.-G.	Köln	Erd.u.Steine	—	—	250	100
W. Hirsch, A.-G. für Tafelglasfabrikation	Radeberg	„	—	—	250	100

Namen	Ort	Zweck nach Gewerbe- gruppen	Neugrün- dungen		Kapitals- erhöhung				
			Akt.-Kap. in 1000 Mk.	Ausgabe- kurs in %	Kap.- in 1000 Mk.	Ausgabe- kurs in %			
Porzellanfab. Fraureuth	Mallendorf	Erd. u. Steine	—	—	850	100			
Tonw. Allendorf A. G.	Detmold	"	600	100	—	—			
Braunk. Ind. Zukunft	Werswiler	Bergwerk	—	—	5000	100			
Hubertusbraunk. A. G.	Brüggen	"	—	—	4000	100			
Bayer, Eggenfab. A. G.	Fenchl	Metallverarb.	—	—	300	100			
Glockenstahlwk. A. G.	Remscheid	"	4000	100	—	—			
Mitteld. Flanschenfab.	Ledendorf	"	—	—	250	100			
Rheinische Stahlwerke	Duisburg	"	5000	100	—	—			
Schloßfabrik A. G. ...	Schlagbaum	"	—	—	250	110			
Südd. Metallwke. A. G.	München	"	300	100	—	—			
Zahnradfab. Augsburg	Augsburg	"	—	—	500	130			
A. G. Hüttenwk. Eisen- gieß. u. Maschinenb.	Michelstett	Maschinen	—	—	200	100			
Auertach & Scheibe A. G.	Saalfeld	"	—	—	300	100			
Carlshütte A. G. f. Ei- seng. u. Maschinenb.	Altwasser	"	—	—	500	116			
C. D. Magirus A. G. ...	Ulm	"	—	—	4500	120			
Waggonfabrik A. G. ...	Görlitz	"	—	—	1500	150			
Wilhelmshütte A. G. f. Maschinenbau	Enlau	"	—	—	1100	110			
Zittauer Maschinenfab. A. G.	Zittau	"	—	—	2200	100			
Polyphonwerke A. G., A. G. der chemischen	Wahnen	Musikver.	—	—	2000	120			
Produkt-Fabrik ...	Pommers- dorf	Chemikalien	—	—	7000	109			
A. G. f. Anilinfabrikate	Treptow	"	—	—	30000	107			
Badische Anilin- und Sodafabrik	Ludwigshaf.	"	—	—	162000	100			
Chem. Fabr. (Elektro)	Frankfurt	"	—	—	380.0	107			
Chem. Fabrik v. Weiler	Uerdingen	"	—	—	1289.5	100			
Köln Rottweil A. G. .	Berlin	"	—	—	33000	100			
A. G. f. Strumpfw.-Fab.	Berlin	Spinnstoffe	—	—	300	115			
B'wollspinn. Mittweida	Mittweida	"	—	—	1500	107 1/2			
Dt. Wollwaren-Manuf.	Grünberg	"	—	—	3316	147			
F. H. Hammersen A. G.	Osnabrück	"	—	—	80.0	100			
Kammgarncspinnerei	Nieder- Wernshausen	"	—	—	1000	150			
Leipzig. Baumwollsp..	Leipzig								1500 130
Mechan. Seilerwarenf.	Fürsen	Spinnstoffe	—	—	1971	100			
Neue Baumwollspinn.	Bayreuth	"	—	—	1000	107 1/2			
Südd. B. woll-Ind. A. G.	Kuchen	"	—	—	2000	100			
Chemnitzer Papierfab.	Einsiedel	Papierind.	—	—	900	100			
Aachener Lederf. A. G.	Aachen	Leder	—	—	2000	100			
Dt. Kunstleder A. G..	Kötiz	"	—	—	3000	100			
Lederfabrik von De- ninger & Co.	Lorsbach	"	—	—	250	105			
Schuhfabr. Herz A. G.	Frankfurt	Bekleidung	—	—	750	110			
Ver. Fränk. Schuhfabr.	Nürnberg	"	—	—	3000	120			
Max Hasse & Co. A. G.	Berlin	Nahrung	—	—	300	100			
F. Syrowalka A. G. ...	Bruchsal	"	300	100	—	—			
Aktienbierbr. Zwickau	Zwickau	Brauerei	—	—	130	110			
Elb-schloßbrauerei ...	Nienstedten	"	—	—	250	100			
Rhein.-Westf. Banind.	Düsseldorf	Bau	—	—	1200	105 1/2			
Nationalfilm A. G. ...	Berlin	Graphik	—	—	150	100			
Diedrich Reimer A. G.	Berlin	"	260	100	—	—			
Ludwig Ganz A. G. ...	Mainz	Handel	—	—	2000	160			
Handelsges. Reiffeisen- sche Gen. A. G. ...	Berlin	"	—	—	750	100			
Norw. Importver. A. G.	Hamburg	"	300	100	—	—			
Textilverwaltung A. G.	Berlin	"	5000	100	—	—			
Bk. f. Keram. Ind. A. G.	Dresden	Bank	3000	100	—	—			
Bank für Thüringen .	Meiningen	"	—	—	5000	125			
Deutsche Nationalbk.	Bremen	"	—	—	9000	110			
Schlesw.-Holst. Treu- hand A. G.	Neumünster	"	300	100	—	—			
Serbiska Ludowa ban- ke, Wendische Volks- bank A. G.	Bautzen	"	300	100	—	—			
Warenkreditbk. A. G.	Berlin	"	300	107 1/2	—	—			
"Balter" Versich. A. G.	Königsberg	Versicherung	4000	100	—	—			
Dt. Lebensversich.-Bk.	"	"	—	—	1500	100			
"Arminia" A. G. ...	München	"	—	—	1500	100			
Kleinbahngesellschaft	"	"	—	—	52	100			
Greifswald-Jarmen	Greifswald	Verkehr	—	—	2000	170			
Flensb. Dampfer-Co. .	Flensburg	Seeschifffahrt	—	—	1600	165			
"Ozean" Dampfer A. G.	Flensburg	"	—	—	300	100			
Hofkuranstalt Diana- bad A. G.	Bad Riechen- hall	Bäder usw.	300	100	—	—			
Europäischer Hof A. G.	Dresden	Hotel	—	—	102	100			
Zusammen									23950 355057

1) 20 Mill. Stammaktien Kurs 107 %, 18 Mill. Vorzugsaktien Kurs 100 %.

F. L.

Schiffahrt und Schiffbau

Norwegen

Versicherungswesen. In einer beachtenswerten Rede auf dem Christianiaer Kongreß der Skandinavischen Seeverversicherer trat H. Lie für eine Reform der skandinavischen Versicherungsbedingungen ein. Bisher sind in den skandinavischen Ländern drei verschiedene Arten Versicherungsbedingungen gültig: die dänische, schwedische und norwegische, die alle auf die hamburgische Bedingungen zurückgehen, im Laufe der Zeit aber den verschiedensten Änderungen unterworfen worden sind. Eine Vereinheitlichung der Bedingungen würde für den skandinavischen Versicherungsmarkt, der während des Krieges einen unvergleichlichen Aufschwung genommen hat, besonders in den Fragen des Rückversicherungswesens von großem Nutzen sein.

P. W.

Frankreich

Lloyd's Register in Frankreich. Zur Förderung des Schiffbaues in den französischen Häfen hat sich in Paris ein Comité Français du Lloyd's Register gebildet, in dem neue Schiffbaupläne mit den Interessenten besprochen werden und ihre Zulassung zur Klassifikation durch Lloyd's gleich festgestellt werden kann. Die von Lloyds schon seit 1834 verfolgte Politik der Zusammensetzung eines solchen Komitees aus allen an der Schiffahrt interessierten Kreisen, wie Reeder, Schiffbauer und Versicherung, ist auch hier befolgt worden. Es befinden sich in dem neuen Komitee neun Reeder, darunter Vorstandsmitglieder der Compagnie des Chargeurs Réunis, Comp. Générale Transatlantique, Comp. Havraise Péninsulaire de Navigation à Vapeur, Comp. des Messageries Maritimes, Société Générale de Transports Maritimes à Vapeur, Société Navale

de l'Quest, Société Nationale d'Affrètements und Société „Les Affrèurs Réunis“, ferner fünf Schiffbauer, nämlich die Vorstandsmitglieder der Chantiers et Ateliers de Provence, Ateliers et Chantiers Maritimes du Sud-Quest, Société des Chantiers et Ateliers de St. Nazaire, Société des Forges et Chantiers de la Méditerranée, Chantiers Navals Français und endlich vier Versicherer, nämlich Vorstandsmitglieder der Assureurs Maritimes de Paris, Cie d'Assurances Maritimes, Foncière-Transports et Accidents (Société d'Assurances), Syndicat de Compagnies Françaises d'Assurances contre les risques de Transports de toute nature.

P. W.

Spanien

Spanische Werften. Die Schiffbauindustrie Spaniens, die früher wenig Bedeutung hatte, hat durch die besonderen, durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse einen starken Ansporn erhalten. Das Land besitzt heute mehrere beachtenswerte Werftgesellschaften, von deren Tätigkeit für die künftige Entwicklung der spanischen Handelsflotte mancherlei zu erwarten sein wird. An der Spitze steht die Sociedad Española de Construcción Naval, über die der Staat eine weitgehende Kontrolle ausübt und deren Werften als Staatswerften gelten. Sie wurde 1908 auf Veranlassung der Regierung gegründet mit der Bestimmung, die für eine Reorganisation und Verstärkung der Seestreitkräfte des Landes nötigen Kriegsschiffe zu bauen. Ihr Aktienkapital beträgt zurzeit 50 Mill. Pesetas, wovon entsprechend dem spanischen Gesetz von 1916, nach dem nicht mehr als 25 % des Kapitals einer Schiffahrts- oder Schiffbaugesellschaft in ausländischen Händen sein darf, der größere Teil nationalen Interessenten gehört. Daneben

ist insbesondere englisches Kapital an dem Unternehmen beteiligt, das man nicht ausschließen konnte, weil man zur Einrichtung der Werften und Arsenalen der Hilfe der englischen Industrie bedurfte. Die Gesellschaft betreibt in der Hauptsache Kriegsschiffbau, hat jedoch mit Einwilligung der Regierung in den letzten Jahren in wachsendem Umfange auch den Bau von Handelsschiffen in ihr Arbeitsprogramm aufgenommen. Zu ihren Werften und Arsenalen in Ferrol und Cartagena, die vornehmlich für die Kriegsmarine bauen, hat sie 1914 eine Werft für die Herstellung von Handelsschiffen mittlerer Größe in Matagorda bei Cadix erworben und ein Jahr später in Sestao bei Bilbao eine große Anlage für den Bau von Ozeandampfern jeder Größe und jedes Typs geschaffen. Die neueste Betriebserweiterung ist der Erwerb eines inländischen Terrains bei Reinosa, wo die Errichtung von Artilleriewerkstätten und Maschinenfabriken geplant wird.

Das Bestreben der Gesellschaft ist darauf gerichtet, sich für seine Materialbezüge möglichst unabhängig vom Ausland zu machen. So hat sie versucht, durch ausgedehnte Verwendung elektrischer Kraft auf den Werften den Bezug ausländischer Kohlen auf ein geringes Maß zu beschränken. Ihr Stahllieferant ist die Sociedad Altos Hornos de Vizcaya. Einen weiteren Schritt auf diesem Wege bedenten die in Reinosa zu errichtenden Maschinenfabriken.

Die durch den Krieg veranlaßte Materialknappheit hat die Tätigkeit der Gesellschaft sehr behindert und den Betrieb zeitweilig zum Stillstand gebracht, insbesondere mußte die Arbeit an den Neubauten für die Kriegsmarine unterbrochen und mit der Regierung neue Kontraktpreise und Lieferzeiten vereinbart werden. An Aufträgen fehlt es nicht. Von den bestellten Handelsschiffen werden die meisten in Bilbao gebaut werden, darunter der Passagier- und Frachtdampfer Alfonso XIII von etwa 14000 t Wasserverdrängung für die Compañía Transatlántica, der bereits Ende des vorigen Jahres vom Stapel gelassen werden sollte.

Die nächstwichtige spanische Schiffbaugesellschaft ist die Compañía Eskalduna de Construcción y Reparación de Buques. Sie hat ihren Sitz in Olaveaga, einer Vorstadt von Bilbao, wo sie über eine ausgedehnte Anlage mit vier Hellingen, einem Dock und mehreren Werkstätten verfügt. Ihr Kapital von 8 Mill. Pesetas ist nahezu vollständig in spanischen Händen. Auch sie bezieht ihr Stahlmaterial durchweg von der Compañía Altos Hornos de Vizcaya. Die Gesellschaft hat während des Krieges beträchtliche Gewinne erzielt. Sie hat gegenwärtig mehrere Dampfer, davon zwei von je 6000 t Tragfähigkeit auf Stapel.

Weiter ist hier zu nennen die „Sociedad Anónima de los Astilleros del Nervión“ in Desierto bei Bilbao. Sie wird kontrolliert von dem Großindustriellen Martínez Rivas, dem Besitzer ausgedehnter Kohlen- und Erzgruben. Ihr Baumaterial wie Stahlplatten, Formeisen usw. empfängt sie von der Fabrica San Francisco, die zu dem gleichen Konzern gehört. Die Gesellschaft verfügt über ein Aktienkapital von insgesamt 30 Mill. Pesetas. Sie ist ein

Privatunternehmen, ihre Aktien werden also nicht an der Börse gehandelt. In den Kriegsjahren soll sie gut verdient haben. Zurzeit hat sie mehrere Schiffe mittlerer Größe in Bau.

Von den Werften in Barcelona ist die Privatwerft Astilleros Cardona erwähnenswert. Sie hat vier Hellingen für den Bau von kleineren stählernen Schiffen. Ihr Kapital beträgt 6 Mill. Pesetas. Der technische Leiter ist Spanier, der Präsident und einige der Hauptaktionäre sind Engländer. A. K.

Australien

Das neue Schifffahrtsgesetz, welches bereits im Jahre 1913 beschlossen wurde, ist inzwischen nicht verkündet worden hat deshalb auch noch keine Gültigkeit gewonnen. Wegen der im Schifffahrtsgewerbe allgemein herrschenden ungewöhnlichen Verhältnisse hat die Regierung es für richtig gehalten, das Gesetz nicht in seinem vollen Umfange in Kraft treten zu lassen. In der letzten Parlamentssitzung ist nun ein Ergänzungsgesetz verabschiedet worden, welches die Regierung ermächtigt, das Gesetz auch abschnittsweise in Kraft zu setzen. Es steht nunmehr in Kürze die Gültigkeitserklärung jener Abschnitte zu erwarten, welche den australischen Küstenverkehr und den Verkehr nach den Inseln behandeln, da die Verkündung dieser Teile nach den Verpflichtungen, welche die Regierung den Seelenten gegenüber in Verbindung mit der Beilegung des Streiks übernommen hat, nicht gut weiter aufgeschoben werden kann. Daneben wird mit dieser Teilverkündung bezweckt, im australischen Interesse den Küstenverkehr zu schützen und allen fremden Unternehmungen in der Küstenfahrt dieselben Bedingungen hinsichtlich Heuern, Unterbringung und Verpflegung der Mannschaften aufzuerlegen, welche die Regierung für australische Gesellschaften vorgeschrieben hat. Schließlich hat die Verkündung in diesem Zeitpunkt auch noch den Zweck, den Bestimmungen für alle jene Gebiete Geltung zu verschaffen, welche infolge der durch den Versailler Friedensvertrag vorgesehenen Mandatsübertragung unter die Hoheit Australiens gekommen sind oder demnächst kommen werden. Hb.

Südafrika

Schwierigkeiten in der Lebensmittelausfuhr. Aus Capstadt wird gemeldet, daß die Gewerkschaftsvereinigung eine Entschließung angenommen hat, wonach alle Arbeiterverbände aufgefordert werden sollen, die Beförderung der für die Ausfuhr von Südafrika bestimmten Lebensmittel zu verweigern. Diese Entschließung ist auch bereits in die Tat umgesetzt worden und hat sich dadurch bemerkbar gemacht, daß die Angestellten der Union Castle Line und die Schauerleute die Arbeit einstellten, als bekannt wurde, daß auf dem Dampfer Norman eine größere Menge Marmeladen, Früchte usw. verladen werden sollten. Die Maschinisten der Dampfkranne schlossen sich der Bewegung an, so daß die Verladungsarbeiten in den Docks gänzlich eingestellt wurden. Die Gewerkschaften sind bemüht, auch die Matrosen und Heizer in die Bewegung mit hineinzuziehen. Hb.

Rohstoffe und Warenmärkte

Jute

Herr Direktor Trapp schreibt uns: „Der Dundee-Garnmarkt ist noch immer der lebhafteste Teil des englischen Jutemarktes, die Preise sind seit dem letzten Bericht noch weiter gestiegen, 8 lbs Common Cops notieren jetzt 8 s 8 d, und es sind dazu Abschlüsse bis Oktober hinaus getätigt worden. Für spätere Termine, 20. 11. bis 21. 1., wurde mit einem Abschlag verkauft, und zwar kamen größere Geschäfte zu 7 s 10 d zustande; doch wird jetzt 8 s 1 d für Jan./März gefordert. Weber, die den rechtzeitigen Einkauf versäumt haben, versuchten, sich in Calcutta Garnen zu decken; es wurden größere Umsätze ohne Preisangabe gemeldet. Der Gewebemarkt ist fest, die Nachfrage nach 40 in. Hessians ist lebhaft, dagegen sind 60 in. Breiten verhältnismäßig billiger zu haben. Die Preise schwankten kaum, 40 in. 10 1/2 oz. Hessians notieren 10 £ 24 s 48 d. Für Linoleum Hessians ist lebhaftes Interesse vorhanden. Von großen amerikanischen Händlern wurden beträchtliche Abschlüsse bis zum Dezember

getätigt. Die Herstellung von Linoleum Hessians hat in letzter Zeit große Fortschritte gemacht, und man scheint bedeutende Geschäfte hierin für das laufende Jahr zu erwarten. Die Preise sind infolgedessen auch gestiegen, 150 in. 10 1/2 oz. Linoleum Hessians notieren jetzt bis 49 1/2 d und 76 in. 9 1/2 oz. 193 1/4 bis 20 d. Für Tarpaunings ist lebhaftere Nachfrage auf Basis von 19 d für 45 in. 20 oz. In Baggings und Sackings liegt der Markt still, doch wird auch hierin eine Besserung erwartet.

Der Preis für Rohjute ist plötzlich gegen alle Erwartungen gestiegen, denn man hatte allgemein angenommen, daß die Preise hierfür noch weiter sinken würden. Anfang Dezember notierten erste Marken 55 £ cif Dundee und sind gegen Mitte des Monats plötzlich auf 62 £ gekommen, um dann einige Tage darauf wieder um 2 £ zu sinken, so daß jetzt erste Marken 60 £ notieren. Diese Schwankungen sind einzig und allein auf den indischen Wechselkurs zurückzuführen: Die Rupie ist abermals im Werte gestiegen und steht

jetzt auf 2 s 5½ d. Ein Markt, der durch Kursschwankungen regiert wird, ist natürlich schwierig zu beurteilen und es läßt sich über die voraussichtliche Preisentwicklung nichts sagen.

Aus demselben Grunde ist es augenblicklich schwer, den tatsächlichen Marktwert für Kalkutta-Ware zu bestimmen, da die Preise zu sehr schwanken. 10 oz. 40 in. Hessians Ware, schwimmend auf Dundee, wurde zu 79 s 6 d gehandelt, während greifbare Ware 8 oz. 40 in. zu 59 s 6 d zu haben war. Für spätere Termine stiegen die Forderungen von 70 s auf 78 s für 10 oz. 40 in.

Nach den Feststellungen einer Sachverständigenkommission sind die Produktionskosten für Hessians Gewebe in Dundee um 20 £ je t gestiegen, nämlich von 25 £ auf 45 £, was eine Verteuerung von 80 % ausmacht, während die Erhöhung in Indien nur 3 £ beträgt, von 12 £ auf 15 £ oder 25 %. Da die Kalkutta-Konkurrenz täglich größer wird, und alle Maßnahmen hiergegen, die von dem British Board of Trade in Betracht gezogen waren, als unausführbar verworfen wurden, ist man zu der Überzeugung gekommen, daß der einzige Weg, den die Dundee-Fabrikanten einschlagen können, der ist, sich vorzugsweise auf die Produktion der feineren Garn- und Gewebesorten und solcher Spezialwaren zu werfen, die in Kalkutta nicht hergestellt werden.

Die schottischen Maschinenfabriken sind mit Aufträgen für die durch den Krieg zerstörten Maschinen und für Kalkutta für zwei Jahre mit Aufträgen versehen. 20 neue Fabriken in Kalkutta, deren Gründung finanziell sicher gestellt sein soll, würde eine Vergrößerung der Industrie um etwa 200 000 Spdl. und 10 000 Webstühle bringen. Es erscheint aber ausgeschlossen, daß die benötigten Maschinen von den Fabriken in absehbarer Zeit geliefert werden können, um so mehr, da sich die Fertigstellung der großen Textilmaschinenfabrik in Kalkutta, die von verschiedenen Unternehmungen gemeinsam errichtet wird, anscheinend verzögert.

Kapok

Über den Kapokmarkt schreibt uns Herr Direktor Cantzler: „Der Markt in Holland liegt derzeit verhältnismäßig günstig, da größere Abladungen von Niederländisch-Indien eingetroffen sind und gut Abnehmer gefunden haben. Die holländischen Fabrikanten haben sich selbst gut eingedeckt, da zu erwarten war, daß das Ausfuhrverbot in Holland für aufbereitete Ware zur Aufhebung gelangen würde, was inzwischen mit Wirkung vom 1. 1. 20 auch geschehen ist und damit der Weg für das direkte Arbeiten holländischer Kapokfabrikanten in Deutschland wieder möglich wurde. Der Preis für prima Javakapok bewegt sich zwischen 75—80 cts je ½ kg, was einem Preis von etwa 1—1,10 fl für aufbereitete Ware entspricht. Demnach müßte der Holländer hier in Deutschland das Kilo für etwa 40 M verkaufen. Eine Preislage, auf die sich die Verbraucher hier in Deutschland zweifellos erst werden einstellen müssen, da die deutsche Kapokindustrie imstande war, mit Heranziehung von Altware, die desinfiziert und unter Hitzeeinwirkung wieder aufgearbeitet wurde, erheblich günstiger anzubieten und auch wohl weiterhin noch die holländische Konkurrenz wird aus dem Felde schlagen können. Nach wie vor wird es die Aufgabe der deutschen Kapokindustrie sein müssen, Rohstoffgebiete aufzuschließen, wo der Kursstand der Mark immerhin ein günstigerer ist als wie gerade in Holland.“

Kautschuk

Herr Max Koch schreibt uns: „Das Kautschukgeschäft am Hamburger Markte war bis kurz vor Weihnachten recht lebhaft, flaute dann aber etwas ab und belebte sich erst wieder Mitte Januar, obwohl auch jetzt noch Kohlenmangel, Verkehrsbehinderungen und Devisenschwierigkeiten einer vollen Entfaltung des Geschäfts hindernd im Wege stehen. Besonders die außerordentlich beklagenswerten Post-, Telegraphen- und Telefonverhältnisse machten sich im Verkehr mit dem Auslande, sowohl wie mit dem Inlande unangenehm fühlbar.

Plantagensorten, wie auch Para und gute Mittelsorten waren meist billiger in Hamburg erhältlich als auf den anderen europäischen Märkten. Verschiedene Gründe waren dafür maßgebend, über die weiter unten noch berichtet wird. Unreine Sorten waren mehr oder weniger vernachlässigt, da die Industrie deren Verarbeitung wegen hoher Arbeitslöhne und Kohlenmangel ablehnt. Die Preise blieben bis zur zweiten Januarwoche

ziemlich stabil, zogen dann aber in Übereinstimmung mit dem erneuten Rückgang unserer Valuta erheblich an und bewegten sich kurzzeitig in aufsteigender Richtung.

Die Vorräte in Hamburg haben infolge der starken Verkäufe im Dezember abgenommen, doch sind erfreulicherweise neue Zufuhren, wovon ein großer Teil direkte Abladungen von Übersee, in kurzer Zeit zu erwarten.

Nach den bis jetzt bekannt gewordenen Ziffern betrug die Ausfuhr aus Ceylon und Britisch-Indien im Jahre 1919 40 000 t gegen 23 000 t 1918; die Ausfuhr aus den Vereinigten Malayischen Staaten 221 000 t gegen 214 000 t 1918, wobei aber die Verschiffungen aus den Straits und die direkten Ausfuhren von Java und Sumatra noch nicht berücksichtigt sind. Die Verschiffungen von Para waren 1919 mit 34 000 t um 250 t kleiner als im Vorjahre. Insgesamt dürfte die Weltproduktion nach den bislang bekannten Zahlen im Jahre 1919 334 000 t, der Weltverbrauch 298 000 t umfassen.

In den Produktionsländern des Ostens waren die Preise durchweg fest; von den ausländischen Märkten blieb New York ruhig, während die Preise in Antwerpen und Holland infolge zeitweiser starker Preiserhöhungen in London ebenfalls in die Höhe gingen. Der Preisaufschlag in London betrug bis zu 6 d je lb für Plantagensorten und war veranlaßt durch den gegen Ende des Jahres erfolgten Zusammenbruch einer Händlerfirma, welche Kontrakte im Belaufe von etwa 2500 t nicht erfüllen konnte. Nachdem sich die großen Londoner Maklerfirmen aber über die Deckungen verständigt hatten, fielen die Preise schnell wieder um etwa 4 d je lb und notierten am 15. Januar für Standard Crep und ribbed smoked Sheets 2 s 8 d bis 2 s 8¼ d, für Hard fine Para 2 s 7½ d je lb. Von diesen Schwankungen blieb der Hamburger Markt so gut wie ganz unbeeinflusst.

Drogen und Chemikalien

Japan. Die Kampfererzeugung liefert jetzt lt „B. T. J.“ eine monatliche Ansbeute von 500 000 lbs. Bei einem Preis von 1,80—2 Yen je lb und einer Jahresausbeute von 6 Mill. lbs würde der Gesamtertrag einen Wert von 1,3 Mill. £ ausmachen. Zu etwa dreiviertel kommt der Rohkampfer aus Formosa, der Rest aus Altjapan. Vor dem Kriege betrug die Produktion höchstens ein Drittel der jetzigen. Mehr als die Hälfte des Kampfers gelangt zur Ausfuhr. Die japanische Zelluloidindustrie nimmt ansehnliche Mengen auf und dürfte auch in Zukunft als Abnehmer in steigendem Maße in Frage kommen.

China. Während die Kampferausfuhr im Jahre 1915 nur 60 037 S betrug, gegen 1,6 Mill. in 1907, stieg die Menge 1918 auf 539 373 S. Über Hongkong wurden in den ersten sechs Monaten 1919 für 289 710 mex. \$ ausgeführt, wovon für 181 551 nach den Vereinigten Staaten gingen.

Vereinigte Staaten. Wie das New Yorker „Journal of Commerce“ auf Grund amtlicher Angaben feststellt, sind die Vereinigten Staaten das am meisten Opium verbrauchende Land der Welt. Als Ergebnis der Feststellungen einer Regierungskommission, die im März 1918 mit Feststellungen über den Handel mit narkotischen Drogen, besonders Opium und Kokain, begann, werden folgende Schätzungen des Verbrauches veröffentlicht:

	Mill. Einwohner 1910	Opiumverbrauch 1000 lbs	Verbrauch auf den Kopf d. Bev. grains
Vereinigte Staaten.	92	470	36
Holland	6	3	3½
Frankreich	40	17	3
Portugal	5,5	2	2½
Deutschland	60	17	2
Italien	33	6	1
Österreich	46	3—4	1½—3½

Die Kommission ist zu dem Ergebnis gekommen, daß zwar bedeutende Mengen für die Herstellung von Heilmitteln verbraucht werden, aber außerdem größere Mengen als Betäubungsmittel verbraucht werden, und daß das Opiumlaster auf der Welt in erschreckender Zunahme begriffen ist, trotz der fast in allen Ländern bestehenden strengen Zoll- und Verbrauchsgesetze. Der Schmuggel mit Opium müsse wirksamer als bisher bekämpft werden.

Holland. In Amsterdam werden lt. „J. M.“ dieses Jahr voraussichtlich Koka- und Chinin-Auktionen abgehalten an folgenden Tagen (Mittwochs):

21. Januar (2. 1.)	5. Mai (14. 4.)	1. September (11. 8.)
25. Februar (4. 2.)	9. Juni (19. 5.)	6. Oktober (15. 9.)
31. März (10. 3.)	21. Juli (30. 6.)	10. November (20. 10.)
		15. Dezember (24. 11.)

Die in Klammern gesetzten Zahlen bezeichnen das Datum der Musterabgabe.

Gerbstoffe

Argentinien. Die Ausfuhr betrug in tons:

	Quebrachoholz	Quebrachoextrakt
1914	276 127	88 813
1915	178 643	111 583
1916	101 711	120 010
1917	108 945	100 904
1918	846 000	124 710
1919 Jan./Aug. ...	?	106 967

Der neuen Verkaufsvereinigung der Quebrachoextrakt-Fabriken gehören folgende Firmen mit einer jährlich festgesetzten Höchstproduktion (tons) an:

Forestal Land, Timber & Railways Co.	100 000	Formosa	9 000
Fusinado	18 000	Gabilo	9 000
Casado	9 000	Guarany	7 000
Las Palmas	9 000	Auchorena	6 000

Außerhalb der Vereinigung stehen:

Fontana	10 000	Benitez	3 000
Sastre	8 000	Farquharsson	3 000

Danach stellt sich das Verhältnis der Gesamt mengen auf 166 000 t : 24 000 t.

Die Forestal Gesellschaft garantiert den an der Vereinigung beteiligten Gesellschaften einen Preis von 100 Pesos Gold fob Bs. As. für jede Tonne des von ihnen erzeugten Extraktes.

Paraguay. Die Erzeugung von Quebrachoextrakt betrug lt. „J. o. C.“ in tons:

1918	1917	1916	1915
23 180	25 105	15 359	28 421

Früchte

Griechenland. Die Korinthenausfuhr betrug lt. „Near East“ in venezianischen Pfunden (1 = 0,48 kg):

1913/14	248 125 000	1916/17	106 975 000
1914/15	221 859 000	1917/18	32 015 000
1915/16	209 025 000		

Vor dem Kriege wurden durchschnittlich etwa 245 bis 255 Mill. venez. Pfund ausgeführt. Seit dem Waffenstillstand wurden insgesamt 87 772 t verladen, die sich wie folgt verteilen:

nach	tons	nach	tons
London	40 485	Amerika	2 873
Liverpool	31 418	Frankreich	629
Bristol	3 758	Holland	6 418
Hull	503	Rumänien	1 000
England zusammen ..	76 164	Schweden	658

Italien. Die Apfelsinen- und Zitronenausfuhr die durch den Krieg stark zurückgegangen war, hat wieder bedeutend zugenommen. Der Wert der Ausfuhr stand 1919 nur um 4½ Mill. Lire gegen 1913 zurück. In den ersten 5 Monaten 1919 wurden lt. „Ec. d'Italia“ für 20,3 Mill. Lire Apfelsinen und für 19,1 Mill. Lire Zitronen ausgeführt.

Für die Ausfuhr von getrockneten Früchten werden gewisse Zollerleichterungen gewährt.

Spanien. Die Ernte von Traubenrosinen im Malaga-Bezirk wird lt. „Com. Rep.“ v. 13. 11. für 1919 auf etwa 1,15 bis 1,20 Mill. Kisten von 22 lbs geschätzt. Für die wichtigsten Sorten haben die Produzenten folgende Mindestpreise gefordert (Pesetas):

„Imperial“, „Imperial“	26,—
„Royaux“, „Royal“	22,50
„Cuarta“, „Delectable Choice Clusters“	20,50
„Quinta“, „Extra London Layers“	18,75
„Alto“, „Extra Imperial Dehesa“	17,50
„Bajo“, „Imperial Cabinet“ (lose)	16,—
„Grano Reviso“, „Imperial Dehesa“ (lose)	21,—
„Grano Medio Reviso“, „Extra Royal Dehesa“ (lose)	20,—
„Grano Ascado“, „Selected Malaga“ (lose)	18,50
„Grano Corriente“, „Extra lose Muscatel“	16,50
„Escombro“, „Lose Muscatel“	from 17,50 to 20,—

Tunis. Süße Mandeln kosteten diesen Herbst in Sfax etwa 315 fr je 100 kg. Die Nachfrage nach Mandelkernen ist besonders seitens Amerika und England groß.

Wein

Frankreich. Die Zahlen für die beiden letzten Erntejahre lauten (deklarierte Mengen in hl):

	1919	Vorrat	Ernte	Zusammen
Aude	57 086	5 087 420	5 144 506	
Gard	25 769	2 764 577	2 790 346	
Herauld	111 451	11 044 687	11 156 138	
Pyrénées Orientales	34 031	3 683 031	3 717 062	
Insgesamt	228 337	22 579 715	22 808 052	
1918				
Aude	331 173	3 880 861	4 212 034	
Gard	26 955	2 810 544	2 837 499	
Herauld	430 130	9 894 320	10 324 450	
Pyrénées Orientales	38 567	2 712 280	2 750 847	
Insgesamt	826 825	19 298 005	20 124 830	

Madeira. Die Weinernte 1919 wurde nach einem amerikanischen Konsultatsbericht Mitte August auf 11 000 Pipes (1¼ Mill. Gallonen) geschätzt. Infolge langandauernder heißer Ostwinde hat sich aber der Ertrag etwas ungünstiger gestellt, so daß höchstens 7000 Pipes (921 000 Gallonen) zu erwarten sind. Die Ernte 1918 lieferte etwa 1,25 Mill. Gallonen Wein, während das Mittel des letzten Jahrzehnts 1,93 Mill. beträgt.

Holz

Herr Ernst Wiehe, Bremen, schreibt uns: „Das englische Holzgeschäft leidet noch immer unter den Nachwirkungen des Krieges. Wie aus allen Berichten herauszulesen, dürften noch viele Jahre vergehen, bevor der Holzhandel sich wieder dem Zustande nähert, in dem er vor dem Kriege gewesen ist, trotzdem die Einfuhrbeschränkungen inzwischen gefallen sind. Für die nächsten Monate erwartet der englische Holzhandel hohe Preise bei unzulänglichen Vorräten und Zufuhren. Mangel an Frachtraum und hohe Frachtraten werden noch längere Zeit andauern.“

Mahagoni ist sehr fest in London. Die Tendenz der Preise ist nach aufwärts gerichtet. Die Nachfrage fährt fort befriedigend zu sein. Man rechnet alsdann mit steigenden Preisen auf den nächsten Versteigerungen. Die mäßigen Zufuhren in Zedernholz, welche den englischen Markt erreichten, sind zu vollen Forderungen verkauft worden. Es besteht Meinung für weitere Abladungen, doch sind zu umfangreiche Verschiffungen zu vermeiden. Nach amerikanischem Nußbaum ist fortgesetzt Frage vorhanden, aber neue Verschiffungen können zu den gegenwärtigen Notierungen nicht empfohlen werden. Für amerikanisches Eichen-schnittholz war in England viel Interesse bemerkbar zu steigenden Preisen. Auch Abladungen japanischer Eichen sind aus Mangel an Frachtraum kaum zu bezahlen. Der Abschluß von Lieferangsgeschäften jedoch ist schwierig. Die Forderungen für amerikanisches Whitewood sind beträchtlich erhöht worden, obgleich die Vorräte keineswegs umfangreich sind. Erstklassiges amerikanisches Satin-Nußbaum ist andauernd in guter Frage und wird aus zweiter Hand billiger verkauft, als wie die Forderungen der Verschiefer lauten. Für geringeres Material ist kein Interesse vorhanden. Es ist mehr Frage nach amerikanischer Esche bemerkbar, aber die Preise der Ablader sind nicht erhältlich. Die Verkäufer von ostindischem Teak haben sehr hohe Preisideen, während die Nachfrage nicht übermäßig groß ist. Auch für Java-Teak wird viel Geld gefordert, so daß Geschäfte schwer zustande kommen.

Solange nicht eine wesentliche Besserung unserer Valuta eintritt, dürfte es ausgeschlossen sein, eine Zufuhr ausländischer Nutzhölzer im größeren Umfange hereinzubekommen. Während der letzten Wochen sind unsere bescheidenen Reste weiter zusammengeschmolzen. Infolgedessen sind die Preise für greifbare Auslandsware weiter sprunghaft in die Höhe gegangen. Je mehr sich die Inlandspreise den Weltmarktpreisen nähern, umsomehr Aussicht

besteht auch für die Versorgung unserer Holzindustrie mit den notwendigsten Holzsorten ausländischer Herkunft. In erster Linie bedürfen wir einer Ergänzung der von uns am meisten gebrauchten amerikanischen Harthölzer, wie Eichen, Mahagoni, Pappeln (Whitewood) und Nußbaum. Angebote dieser Holzsorten haben wiederholt vorgelegen, aber bislang konnten sich die Verarbeiter nicht dazu entschließen, die geforderten Preise zu bewilligen. Nußbaum scheint noch am ersten Aussicht zu haben zur Preiseinigung und zur Einfuhr zu kommen. Amerikanische Eiche ist derartig im Ursprungslande gestiegen, daß hierfür vorläufig wenig Hoffnung vorhanden ist. Pappeln wurden wiederholt angeboten, konnten jedoch nicht zum Geschäft gebracht werden. Amerikanische Weichhölzer wie Pitchpine sind bei uns sehr

begehrte, aber auch hierin wird man sich noch geraume Zeit gedulden müssen. Da die Amerikaner im Lande selbst großen Absatz haben, eilt ihnen die Ausfuhr in diesem Artikel anscheinend nicht so sehr. — Von asiatischen Nutzhölzern braucht der deutsche Markt vorläufig ostindisches Teak- und japanisches Eichenholz. Beide Holzsorten können auf eine gute Aufnahme zu hohen Preisen rechnen. — Von Nutzhölzern afrikanischer Herkunft sind Okume und die besseren Mahagoni-sorten sehr begehrte — Ebenholz und Cocobolo sind in kleinen Posten eingeführt worden, ebenso Pockholz. Auch in diesen sehr gefragten exotischen Harthölzern herrscht große Nachfrage, die leider nicht befriedigt werden kann. Auch für Jacaranda, Rosenholz und Satinholz ist viel Kaufust vorhanden, ohne daß etwas hereingekommen ist.“

Vermischtes

Berichtigung. In dem England-Bericht der Nr. 2, S. 27, Ende Abs. 2, muß es sinngemäß heißen: „..... was man ja später nicht bei uns anordnete usw.“ statt „..... auch bei uns anordnete usw.“

Russische Steuererträge. Der Finanzkommissar der Sowjet-Republik gibt das Ergebnis der Kriegssondersteuer bekannt. Es ist mit einem Ertrage von mindestens 10 Milliarden Rbl gerechnet worden, vereinnahmt wurden jedoch nur 987 Mill., oder 9,7 %, Moskau sollte 2 Milliarden ergeben, ergab jedoch nur 25 Mill., Petersburg nur 9 Mill. anstatt der veranschlagten 1 1/2 Milliarden Rbl. (Prisyw.) H. v. E.

Rußlands gegenwärtiger Außenhandel. Eine der wichtigsten Fragen deutscher Wirtschaft ist die, wann und in welchem Umfange es gelingen wird deutsche Waren nach Rußland anzuführen und die uns unentbehrlicher denn je gewordenen russischen Rohstoffe dafür auszutauschen. Deutschland nahm ja bekanntlich vor dem Kriege die erste Stelle im russischen Export- und Importhandel ein und ließ alle anderen Länder weit hinter sich. Der russische Export- und Importhandel setzte sich 1911 in Prozenten folgendermaßen zusammen: (Um nur die Hauptländer zu nennen)

	Export	Import
Deutschland	30,8 %	42,0 %
England.....	21,2 „	13,3 „
Vereinigte Staaten.....	0,8 „	8,8 „
Frankreich	5,7 „	4,9 „
Japan	0,1 „	0,4 „

Es ist verständlich, daß nunmehr die Entente und die Vereinigten Staaten aufs eifrigste bemüht sind, trotz dem Boykott Sowjet Rußlands und den ungeheuren Erschwerungen, die der russische Bürgerkrieg dem Handel bietet, Deutschland zuvorkommen. Deutschland ist zur Zeit fast völlig von Sowjet Rußland abgespernt — was dennoch an Waren nach Rußland dringt, kann nicht von Bedeutung sein, obgleich einige russische Blätter und sogar eine Bremer Zeitung behaupten, es sei im Laufe des letzten Jahres doch gelungen, über Finnland und Polen eine nicht unerhebliche Menge von Industrieerzeugnissen in Rußland einzuführen. Der „Rostower Wjestnik“ bringt nun einige Daten über den Stand der Einfuhr von Entente Waren in Rußland, die Beachtung verdienen. In den ersten 9 Monaten des Jahres 1919 soll England für 10,5 Mill. £ Waren nach Rußland eingeführt haben, die Vereinigten Staaten für 12,2 Mill. £ (davon für 10 Mill. ins asiatische, für 2,2 Mill. ins europäische) Frankreich hat in den ersten 8 Monaten des Jahres 1919 nur für 500 000 £, Japan für 7,5 Mill. £ eingeführt, die aber ausschließlich in Sibirien verblieben sind. Wir müssen dem Rostower Blatt und dem „Golos Rossii“, denen wir diese Daten entnehmen, die Gewähr für ihre Richtigkeit überlassen. — Nach dem neuen Abkommen der Sowjetregierung mit der Republik Estland wird der russische Außenhandel jetzt eine Steigerung erfahren, da Estland die Durchfuhr von Waren nach Rußland von nun an gestattet. Außerdem scheint der Oberste Rat eine teilweise Aufhebung der Blockade Rußlands beschlossen zu haben: Zur Linderung der Not der russischen Bevölkerung sollen Lebensmittel und die notwendigsten Produkte des täglichen Bedarfs über Finnland und Estland nach Rußland geschafft werden. H. v. E.

Neueingänge

Einzusehen im Lesezimmer, Rothenbaumchaussee 12, geöffnet von 8—4 Uhr

Deutschland

„Die Verkehrs- und Siedlungspolitik der Freien und Hansestadt Hamburg.“ Von Anton Snerth. Hamburg. Friederichsen, 1919. 100 S. (Groß-Hamburg. Streitfragen. H. 2/3).

Verf. bespricht die Verkehrs- und Siedlungspolitik als wichtigste Probleme der Weltstadtbildung. Nur durch Zusammenfassung des gesamten Gebietes der Elbspaltung ist eine der sparsamsten Wirtschaftsweisen angepaßt, organische Funktionsteilung des Hafenverkehrs zu ermöglichen. Sollte Hamburg um seine Aufnahme in den preussischen Staatsverband nachsuchen, selbst dann würde nach Ansicht des Verf. die Abgrenzung des Stadtkreises eine schwierige Frage darstellen, die unbedingt gelöst werden müßte. Die Schrift behandelt sie erschöpfend unter Eingehen auf ihre Geschichte. —dt.

„Die Finanznot und Hamburg.“ Ein Mahnruf an die Bürgerschaft. Von Hartwig Bahl. Hamburg, Selbstverlag, 1919. 47 S.

„Zu Ferdinand Wohltmanns Gedächtnis.“ Von Arthur Golf. Leipzig, Landwirtsch. Inst. d. Univ. Leipzig. Abt. f. kolon. Landwirtsch. 1919. 16 S.

„Hamburgischer Universitätskalender.“ Akademisches Taschenbuch für Groß-Hamburg. Auf Grund amtlichen Materials hrsg. vom Studentenausschuß. T. 1. 2. 1919/1920. Hamburg, Meißner, 1919.

Die beiden Bändchen enthalten die wissenswerten Bestimmungen und Angaben über die hamburgische Universität, die Volkshochschule und sonstige wissenschaftliche Einrichtungen und Institute Hamburgs; sie dürften jedem Studierenden ein geradezu unentbehrlicher Wegweiser sein.

Andere Länder Europas

„Der Sinn und Segen des englischen Weltkrieges.“ Von F. Oloff. Berlin, D. Reimer, 1919. 95 S.

„Annual Statement of the trade of the United Kingdom with foreign countries and British

- Possessions." 1918, Vol. 1. London, Wyman & S. 1919. [Cmd. 342.]
- "Manuals of Emergency Legislation." Food Control Manual rev. to April 30th 1918. Compr. the Food Controllers powers and orders ... being a rev. and enlarged ed. of p. 1-3 of the food (supply and production) manual ... ed. by Alexander Pulling. London, Stationery Off., 1918.
- "Manuals of Emergency Legislation. Food (Supply and Production)." Manual 1. enl. Ed. supers. Food Supply Manual of May, 1917 rev. to Oct. 21st. 1917 compr. all the food supply and production legislation ... and certain addenda to Jan. 31st 1918 ed. by Alexander Pulling. London, Stationery Off., 1918.
- "Departmental Committee on the Coal Trade after the war." Report of the Departmental Committee appointed by the Board of Trade to consider the position of the Coal Trade after the war. London, Stat. Off. 1918. 33 S. (Cd. 9093.)
- Der sogen. Rhondda Bericht (nicht zu verwechseln mit dem Sankey-Bericht) ist ein den Berichten über den Wiederaufbau entsprechendes Weißbuch mit sehr viel interessanter Statistik auch über nichtenglische Länder.
- "Verslag van de Kamer van Koophandel en Fabrieken te Nijmegen over het jaar 1918." Nijmegen 1919. 89 S.
- "Statistik des Warenverkehrs der Schweiz mit dem Auslande i. Jahre 1917." Hrsg. vom Schweiz. Zolldepartement. Statistique du commerce de la Suisse avec l'étranger en 1917. Publ. par le département fédéral des douanes. T. 1. 2. Bümplitz 1918. Benteli.
- "Bericht über Handel und Industrie der Schweiz im Jahre 1917." Erst. vom Vorort d. Schweizer Handels- u. Industrie-Vereins. Zürich 1918, Buchdr. Berichthaus.
- "Bericht des kaufmännischen Direktoriiums über Handel, Industrie und Geldverhältnisse des Kantons St. Gallen i. J. 1918." St. Gallen 1919. Zollikofer.
- "Annuaire de l'exportation suisse." Schweizerisches Export-Jahrbuch. Swiss Export trade. Publ. par A. Haas & A. Diem avec la collaboration de ... 1919, Berne „Hallwag" (1919).
- Ein an Anzeigen sehr reiches, dreisprachig abgefaßtes Firmen-Adreßbuch.
- "Ministero per l'industria il commercio ed il lavoro. Ispettorato generale dell'industria. Annuario statistico dell'industria bacologica e serica per l'anno 1917. Roma 1918, Mauzio.
- "Die italienischen Aktiengesellschaften im zweiten Halbjahr 1918." Von Max Immelen. Berlin, Auswärt. Amt, 1919. 63 S. (Tagesfragen d. Auslandswirtschaft. H. 2.) 2,— M.
- Auf einige einleitende Seiten, in denen die wichtigsten Ereignisse unterstrichen werden, folgt die Statistik der Neugründungen, Kapitalveränderungen und Auflösungen italienischer Aktiengesellschaften, nach Industriezweigen geordnet.
- "Für die Selbstbestimmung Deutschböhmens." Rede. Mit 1 Kte. Von Rudolf Lodgman v. Auen. Wien, Hölder, 1919. 16 S. (Flugblätter für Deutschösterreichs Recht. Nr. 7.)
- "Balkan-Handelsführer." Hrsg. vom Balkanverein E. V. Turgovskij Ukazatel' ... Bd. 1. Berlin, Mosse in Komm., 1918. 1. Bulgarien, bearb. v. Heinrich Brühl.
- Ein Buch nach Art der englischen Year Books, z. T. zweisprachig.
- "Der Außenhandel der Türkei vor dem Weltkriege." Mit e. Anh.: Die Organisation des türkischen Handels. Von Robert Renner. Berlin, Auswärt. Amt, 1919. 288 S. (Auslandswirtschaft i. Einzeldarstellungen. Bd. 3) 20,— M.
- Die gründliche mit großer Sachkenntnis zusammengestellte Statistik verwertet zum ersten Mal das amtliche Material der reformierten türkischen Zollstatistik über den Warenverkehr der letzten Jahre vor dem Kriege nach Warengruppen.
- "Sveriges officiella statistik. Industri och bergshantering." Bergshantering. Berättelse för år 1917. av Kommerskollegium. Stockholm 1918. Beckmann.
- "Sveriges officiella statistik. Sjöfart." Berättelse för år 1916. av Kommerskollegium. Stockholm. Norstedt, 1918.
- "Sveriges officiella statistik. Industri." Berättelse för år 1916. av Kommerskollegium. Stockholm, Marcus, 1918.

Amerika

- "Report of the Minister of Agriculture for the Dominion of Canada for the year 1917/18." Ottawa 1918, Parmelee.
- "Canada." Inlichtingen en wenken voor hen, die over landverhuizing denken. s'Gravenhage: Informatiebureau van de Nederl. Vereeniging „Landverhuizing" (1916). 24 S.
- "The American Yearbook." Ed. by Francis G. Wickware 1917. New York & London: Appleton & Co., 1917.
- "Reports of the Department of the Interior for the fiscal year 1917/18." (Administrative reports in 2 volumes.) Washington: 1919. Gov. Print. Off.
- "Annual Reports of the Department of Agriculture for the year 1917/18." Washington 1919: Gov. Print. Off.
- "The American Society of Mechanical Engineers. The metric System in export trade." Report of Committee on Weights and Measures. Tentative draft of report. Subject to revision. Worcester 1918. 48 S.
- "The American Society of Mechanical Engineers. The Weights and measures of Latin America." By Frederick A. Halsey. New York 1918. 34 S.
- "American Institute of Weights and Measures. The metric System condemned by those who know." New York: Office of the Inst. 1919. 40 S. (Bulletin Nr. 10, 2nd. June 1919.)
- "The Port of Boston." A study and a solution of the traffic and operating problems of Boston, and its place in the competition of the North Atlantic seaports. By Edwin J. Clapp. New Haven, Yale Univers. Pr.; London, Milford (u. a.) 1916. XII, 402 S.
- "Annual Report of the Governor of the Panama Canal" for the fiscal year ended June 30. 1918. Washington 1918. Gov. Pr. Off. XII, 392 S. Geh. 10,— M.
- "Direccion general de estadistica." Anuario estadistico de 1917. Año VII. Salvador 1918, Reyes.
- "Pan-Amerika." Entwicklung, Umfang und Bedeutung der zwischenstaatlichen Organisation in Amerika (1810—1916). Von Dr. Alfred H. Fried. Zürich, Orell Füssli, 1919. 291 S. 11,— M.
- Das Buch Frieds, das in 2. vermehrter bis zur jüngsten Zeit fortgeführten Auflage erscheint, zeigt, wie jenseits des Ozeans eine Aufzucht einer Lebensgemeinschaft von Staaten in der Praxis vor sich gegangen ist, wie diese Gemeinschaft sich aus kleinen und unscheinbaren Anfängen zu einer die Wohlfahrt ausbreitenden und zu einer den Frieden des Erdteils sichernden Macht entwickelt hat.
- "Das wirtschaftliche Vordringen der Nord-amerikaner in Südamerika. Von Walter Meißner. Cöthen (Anhalt), Schulze, 1919. VIII, 123 S. (Veröffentl. d. Ibero-Amerik. Inst. Bibl. d. „Cultura Latino-Americana". Nr. 2.)
- "El Conflicto despues de la Victoria." Recuerdos e Impresiones de un Ex-Diplomatico Chileno en el Peru. La Ultima Discusion del Problema de Tacna y Arica. Von Julio Perez Canto. Santiago de Chile 1918. 594 S. Mit zahlreichen Abbildungen.